



**Institut für
Wirtschaftsforschung
Halle**

**Die wirtschaftliche Lage Russlands
Achtzehnter Bericht**

**Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus
Achtzehnter Bericht**

5/2001
Sonderheft

Die wirtschaftliche Lage Russlands Externe Wachstumsfaktoren verlieren an Kraft	7
--	---

Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus Überalterung des Kapitalstocks wird zur Wachstumsbarriere	31
--	----

Herausgeber:

INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG HALLE - IWH

Hausanschrift: Kleine Märkerstraße 8, 06108 Halle (Saale)

Postanschrift: Postfach 11 03 61, 06017 Halle (Saale)

Telefon: (03 45) 77 53 - 60

Telefax: (03 45) 77 53 820

Internetadresse: <http://www.iwh-halle.de>

Alle Rechte vorbehalten

Druck bei Druckhaus Schütze GmbH,

Fiete-Schulze-Str. 6, 06116 Halle (Saale)

ISBN 3-930963-67-1

Der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie hat mit Schreiben vom 2. Februar 2001 das Institut für Wirtschaftsforschung Halle beauftragt, das 1992 begonnene Forschungsvorhaben mit dem Titel „Die wirtschaftliche Lage Russlands und der Republik Belarus“ im Jahr 2001 fortzuführen. Das Institut legt hiermit die achtzehnten Berichte über die Wirtschaft von Russland und Belarus vor. Redaktionell wurden die Berichte im Wesentlichen Anfang Juni 2001 abgeschlossen. Nach den Vorstellungen des Auftraggebers sollten die Berichte im Umfang knapp gehalten werden. Sie konzentrieren sich deshalb auf die wichtigsten Aspekte der wirtschaftlichen Entwicklung.

Beide Berichte werden zusammen mit Studien über andere mittel- und osteuropäische Länder von der Bundesstelle für Außenhandelsinformation (bfai) veröffentlicht.

Verzeichnis der Mitarbeiter

Die wirtschaftliche Lage Russlands

Verfasser:	Hubert Gabrisch Peter Havlik* (WIIW) Thomas Linne Martina Kämpfe
Statistik:	Simone Lösel Barbara Swierczek (WIIW)*
Technische Mitarbeit:	Katrin Renneberg Ingrid Dede

Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus

Verfasser:	Hubert Gabrisch Werner Gnoth Thomas Linne
Statistik:	Simone Lösel
Technische Mitarbeit:	Katrin Renneberg Ingrid Dede

* Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche

Inhaltsverzeichnis

Die wirtschaftliche Lage Russlands

Externe Wachstumsfaktoren verlieren an Kraft

Zusammenfassung	9
Produktion und Verwendung des BIP	10
Arbeitslosigkeit, Beschäftigung und soziale Lage	16
Staatshaushalt und Fiskalpolitik	18
Inflation und Geldpolitik	20
Außenwirtschaftliche Entwicklung und Zahlungsbilanzprobleme	24
Wirtschaftspolitische Maßnahmen, Privatisierung, Strukturwandel	28

Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus

Überalterung des Kapitalstocks wird zur Wachstumsbarriere

Zusammenfassung	33
Produktion und Verwendung des BIP	34
Arbeitsmärkte, Soziale Lage	38
Staatshaushalt und Fiskalpolitik	40
Inflation und Geldpolitik	42
Außenwirtschaft, Zahlungsbilanzprobleme	48
Wirtschaftspolitische Maßnahmen, Privatisierung und Strukturwandel	53

Tabellenverzeichnis

Die wirtschaftliche Lage Russlands

Tabelle 1: Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren, 1993 bis 2001	11
Tabelle 2: Entstehung und Verwendung der Geldeinkommen der privaten Haushalte	12
Tabelle 3: Entwicklung der Industrieproduktion nach Zweigen, 1991 bis 1. Quartal 2001	13
Tabelle 4: Entwicklung der Beschäftigung, 1993 bis 2001	17
Tabelle 5: Konsolidierter Haushalt, 1997 bis 2000	19
Tabelle 6: Zusammensetzung der Geldbasis von der Entstehungsseite, 1997 bis 2000	21
Tabelle 7: Geldmengen- und Kreditaggregate, 1997 bis 2001	21
Tabelle 8: Zahlungsbilanz Russlands, 1997 bis 2001	25

Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus

Tabelle 1: Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren 1993 bis 2001	35
Tabelle 2: Industrieproduktion nach Zweigen, 1991 bis 1. Quartal 2001	36
Tabelle 3: Investitionsentwicklung in konstanten Preisen, 1992 bis 1. Quartal 2001	37
Tabelle 4: Ausgewählte Einnahmen und Ausgaben des konsolidierten Haushalts, 1996 bis 2000	41
Tabelle 5: Wachstumsraten der Geldmengenaggregate, 1997 bis 1. Quartal 2001	43
Tabelle 6: Herkunft und Verwendung der Geldbasis, 1997 bis 1. Quartal 2001	44
Tabelle 7: Zahlungsbilanz, 1997 bis 2000	50
Tabelle 8: Zahl der umgewandelten und privatisierten Unternehmen, 1991 bis 2000	54

Die wirtschaftliche Lage Russlands

Externe Wachstumsfaktoren verlieren an Kraft

Achtzehnter Bericht

IWH _____

Die wirtschaftliche Lage Russlands

Externe Wachstumsfaktoren verlieren an Kraft

Zusammenfassung

Die wirtschaftliche Lage wurde im vergangenen Jahr durch die für Russland günstige Entwicklung der Weltmarktpreise für Energieträger und Metalle beherrscht. Dagegen verlor die Abwertung des Rubel vom Herbst 1998 durch die fortgesetzte reale Aufwertung im vergangenen Jahr weiter an wachstumsfördernder Wirkung. Umgekehrt blieben mögliche positive Effekte aus dem neuen Reformschub vorerst unbedeutend; insbesondere gewannen die Privatisierung und notwendige Strukturreformen noch nicht deutlich an Tempo. Im Ergebnis wuchs das BIP um mehr als 8%, was aber bereits im Jahr 2001 bei dem gegenwärtigen institutionellen und externen Szenario nicht aufrecht erhalten werden kann. Der Überschuss in der Leistungsbilanz entsprach 19% des BIP – die höchste Quote, die die Wirtschaft je erreichte; sie wird im laufenden Jahr beträchtlich sinken.

Der Anstieg der Exporterlöse und damit der Devisenreserven der Zentralbank führte zu einer beträchtlichen monetären Expansion. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die Devisenabführungspflicht für Exporteure: Bei einer Quote von 75% muss die Zentralbank bei entsprechenden Devisenzuflüssen einen Anstieg der Reserven faktisch passiv hinnehmen. Dies führte im vergangenen Jahr vorerst deshalb nicht zu einer Beschleunigung der Inflation, weil die Geldnachfrage allgemein zunahm, die Geschäftsbanken ihre Verbindlichkeiten gegenüber der Zentralbank verringerten und zudem die öffentlichen Haushalte eine hohe Ausgabendisziplin zeigten.

Die Steuereinnahmen stiegen beträchtlich, vor allem aufgrund der Mehreinnahmen aus der Besteuerung der Energieexporte. Im konsolidierten Haushalt entstand ein Überschuss, der nicht nur die Leistung des Schuldendienstes sicherte, sondern darüber hinaus auch den positiven Saldo im Primärhaushalt ansteigen ließ. Letztlich nahm der Index der Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt um 21% zu (Vorjahr: mehr als 80%).

Die Endnachfrage wurde von der monetären Lockerung gefördert. Die gestiegene Liquidität im Bankensektor – Folge der Devisenzuflüsse – ließ die Kreditzinsen sinken. Dadurch nahm das Kreditangebot erheblich zu. Zwar wuchs der private Verbrauch real um 9%, eigentlicher Wachstumsträger war jedoch die Investitionstätigkeit (18%). Mit der gestiegenen Endnachfrage nahm auch die Beschäftigung zu. Da sich die soziale Lage der Bevölkerung, insbesondere der Rentner, wieder verbesserte, ging die noch 1999 gestiegene Erwerbsquote im vergangenen Jahr wieder zurück. Im Ergebnis fiel auch die Zahl der Arbeitslosen.

Für das Jahr 2001 zeichnet sich eine deutliche Wachstumsabschwächung ab, die von einem abnehmenden Außenbeitrag ausgeht. Dafür wird zum einen ein bestenfalls konstanter Ölpreis verantwortlich sein, zum anderen die weitere reale Aufwertung des Rubel, die ein hohes Importwachstum begünstigen wird. Eine grundlegende Änderung der Politik ist nicht zu erwarten, sodass dieser Abschwächung zumindest kurzfristig nichts entgegenwirken wird. Die Fiskalpolitik strebt danach, den Schuldendienst vollständig zu leisten und darüber hinaus einen Überschuß im Haushalt zu erzielen. Die Reformpolitik wird aller Voraussicht nach in diesem Jahr zwar deutlichere Konturen gewinnen, ihre positiven Effekte auf das Wirtschaftswachstum sind jedoch frühestens ab 2002 zu erwarten. Die Geldpolitik setzte ihren expansiven Kurs zu Beginn des Jahres 2001 zunächst fort, und die Währungsreserven stiegen bis Juni auf 33 Mrd. US-Dollar. Es wurden jedoch erste Zeichen einer inflationären Wirkung sichtbar. Dem kann die Zentralbank nur entgegenwirken, wenn sie die Devisenabführungspflicht abschafft, um danach eine restriktivere Geldpolitik zu steuern. Insgesamt gesehen wird die Wachstumsrate des BIP im laufenden Jahr bei gut 5% liegen. Die Inflationsrate dürfte im Jahr 2001 kaum weiter sinken, sondern mit 20% bestenfalls auf dem Niveau des Vorjahres verbleiben.

Diesem nach wie vor positiven Szenario droht auch keine Gefahr durch eine wieder zunehmende Anfälligkeit gegenüber einer Finanzkrise. Das vom IWH verwendete Frühindikatorensystem sieht das diesbezügliche Risikopotential auf einem relativ niedrigen Niveau, auch wenn im Verlaufe des Jahres 2001 mit einer Verschlechterung zu rechnen ist.

Produktion und Verwendung des BIP

Das Bruttoinlandsprodukt stieg bei abgeschwächter Inflation im Jahr 2000 um mehr als 8% (vgl. Tabelle 1).¹ Dieses außerordentlich starke Wirtschaftswachstum resultierte hauptsächlich aus der für Russland günstigen Weltkonjunktur für Energieträger und Metalle. Die wachstumsfördernden Effekte der Abwertung des Rubels vom Herbst 1998 schwächten sich im Verlauf des Jahres 2000 bereits etwas ab. Das Volumen der Exporte nahm zwar weiterhin zu, der reale Zuwachs der Importe fiel jedoch ab der zweiten Jahreshälfte wesentlich stärker aus.

¹ Falls nicht anders vermerkt, stützen sich alle Angaben auf die Veröffentlichungen des Staatlichen Komitees der Russischen Föderation für Statistik (im Folgenden zitiert als: Goskomstat). Vgl. Goskomstat: Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, verschiedene Ausgaben, zuletzt: janvar'-mart 2001 goda, Moskva, 2001; WIIW-Datenbank.

Tabelle 1:
Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren, 1993 bis 2001
- Veränderungen gegenüber dem Vorjahreszeitraum bzw. Anteile in % -

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	1. Q. 2001	Progn. 2001
Bruttoinlandsprodukt ^a	-8,7	-12,7	-4,1	-3,4	0,9	-4,9	5,4	8,3	4,4	5
Industrieproduktion ^a	-14,1	-20,9	-3,3	-4,0	1,9	-5,2	11,0	11,9	5,2	5
Agrarproduktion ^a	-4,4	-12,0	-8,0	-5,1	1,5	-13,2	4,1	5,0	-0,3	.
Bruttoanlageinvestitionen ^a	-11,6	-24,0	-10,0	-18,0	-5,0	-12,0	5,3	17,7	6,7	6
Gütertransportvolumen ^b	-11,5	-14,2	-1,0	-4,6	-3,4	-3,3	5,8	5,0	0,7	.
Einzelhandelsumsatz ^a	1,1	-0,2	-7,0	-0,4	3,6	-3,4	-7,9	8,8	8,2	7
Entgeltliche Dienstleistungen für Endverbraucher ^a	-30,0	-38,5	-17,7	-5,9	3,3	-0,5	7,4	5,9	4,2	.
Nominale Gesamteinkommen der privaten Haushalte	1 026,1	356,3	149,6	48,3	21,6	6,7	60,5	33,1	28,2	.
Reale Gesamteinkommen der privaten Haushalte ^c	16,4	12,9	-15,1	0,1	5,3	-16,3	-14,2	9,1	3,2	.
Nominallöhne und -gehälter	906,4	277,5	119,6	48,4	20,2	10,7	44,8	49,0	45,2	.
Reallöhne und -gehälter	0,4	-8,0	-28,0	6,0	5,0	-13,4	-22,0	22,5	18,8	.
Verbraucherpreise ^c	873,5	307,5	197,5	47,8	14,8	27,6	85,7	20,8	23 ^c	20
Industrielle Erzeugerpreise ^c	941,9	336,9	236,5	50,8	15,0	7,1	58,9	46,6	26 ^c	.
Arbeitslosenquote ^d	6,0	7,7	9,0	9,9	11,2	13,3	12,2	9,6	9,6	10

^a Real. – ^b Auf Basis Tonnen-Kilometer. – ^c Jahresdurchschnitt. – ^d Am Periodenende; ILO-Methodik. – ^e Januar bis April.

Quellen: WIIW Datenbank. Darüber hinaus Goskomstat: Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, 2000 g., Moskau 2001, sowie Goskomstat: Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar'-mart 2001 goda, Moskva, 2001.

Nach einer kräftigen Expansion während des Vorjahres war der geschätzte Nettoaußenbeitrag zum realen BIP-Wachstum im Jahr 2000 nur geringfügig positiv. Gleichwohl wurden in der Handels- und Leistungsbilanz Rekordüberschüsse erzielt. Diese zusätzlichen Einnahmen der Volkswirtschaft führten über eine Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage zur Beschleunigung des Wachstums, vor allem innerhalb der Industrie. Die positiven Nachfrageimpulse gingen von den Investitionen und – trotz rückläufiger Konsumneigung (vgl. Tabelle 2) – vom pri-

vaten Verbrauch aus. Die Staatshaushalte wirkten dagegen dämpfend; der konsolidierte Haushalt erzielte einen hohen Überschuss.

Tabelle 2:
Entstehung und Verwendung der Geldeinkommen der privaten Haushalte
- in % der Geldeinkommen -

	1997	1998	1999	2000
Entstehung				
Lohn	65,7	64,9	65,5	65,6
Soziale Transferleistungen	15,0	13,6	13,2	13,4
Einkünfte aus Vermögen	5,7	5,5	7,2	7,2
Einkünfte aus selbständiger Tätigkeit	13,0	14,2	13,2	12,6
Sonstige Einkünfte		1,8	0,9	1,2
Verwendung				
Konsumausgaben	68,4	77,4	78,9	77,8
Steuern, Beiträge	6,4	6,2	6,8	7,8
Ersparnis	25,2	16,4	14,3	14,4
darunter:				
Wertpapier- und Buchsparen	2,3	2,5	4,3	5,0
Devisenkauf	21,2	12,2	8,1	6,7
Bargeldzuwachs	1,7	1,7	1,9	2,7

Quellen: Goskomstat: Statističeskij ežegodnik 2000, S. 149, Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, 2000 g., S. 183, 195; Berechnungen des IWH.

Unter den Industriezweigen wies die Leichtindustrie das höchste Produktionswachstum auf (vgl. Tabelle 3). Dazu trug nicht nur der allgemeine Anstieg des Verbrauchs bei, sondern auch die nach wie vor wirksame Importsubstitution. Von den Branchen des Maschinenbaus verzeichneten die Elektrotechnik und die Produktion von landwirtschaftlichen Maschinen die höchsten Zuwachsraten.

Trotz der starken Zunahme der Investitionen ist der Zustand des Kapitalstocks in der Industrie nach wie vor äußerst schlecht. Im Industriedurchschnitt waren rund 70% des erfassten Kapitalstocks nur noch begrenzt einsetzbar.² Das tatsächliche Produktionspotential war deutlich geringer als das statistisch ermittelte. Im Maschinenbau waren im vergangenen Jahr sogar etwa vier Fünftel des bestehenden Maschinenparks überaltert. Das durchschnittliche Alter der Maschinen betrug mehr als 16 Jahre, verglichen mit 11 Jahren 1990. Ebenso kritisch ist die Lage im

² Institute of the Economy in Transition: Rossijskaja Ekonomika v 2000g. Siehe http://www.iet.ru/trend/2000/raz_2_1a.html, vom 7. Mai 2001.

Energiesektor. Der schlechte Zustand des Kapitalstocks stellt eine beträchtliche Wach-

Tabelle 3:

Entwicklung der Industrieproduktion nach Zweigen, 1991 bis 1. Quartal 2001

- Veränderungen gegenüber dem Vorjahreszeitraum in % -

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	1.Q. 2001
Industrie insgesamt ^a	-8,0	-18,0	-14,1	-20,9	-3,3	-4,0	2,0	-5,2	11,0	11,9	5,2
Elektrizitäts- wirtschaft	0,3	-4,7	-4,7	-8,8	-3,2	-1,6	-2,1	-2,5	0,2	1,8	2,0
Brennstoff- industrie	-6,0	-7,0	-11,6	-10,2	-0,8	-1,5	0,3	-2,5	2,4	5,0	4,7
Eisen- und Stahl- industrie	-7,0	-16,4	-16,6	-17,3	9,6	-2,0	1,2	-8,1	14,4	15,6	-1,0
NE- Metallurgie	-9,0	-25,4	-14,1	-8,9	2,8	-3,6	5,0	-5,0	8,5	11,3	3,6
Chemische und Petro- chemische Industrie	-6,0	-21,7	-21,5	-24,5	7,6	-7,1	2,0	-7,5	21,7	14,3	5,2
Maschinen- bau und Metall- verarbeitung	-10,0	-14,9	-15,6	-30,8	-9,1	-4,6	3,5	-7,5	15,9	15,5	3,7
Holz-, Holz- verarbei- tungs-, Zell- stoff- u. Pa- pierindustrie	-9,0	-14,6	-18,7	-30,5	-0,7	-17,5	1,2	-0,4	17,2	9,5	2,0
Baustoff- industrie	-2,0	-20,8	-16,0	-27,3	-8,0	-17,3	-4,0	-5,8	7,7	7,6	0,3
Leicht- industrie	-9,0	-30,0	-23,0	-46,0	-30,2	-22,5	-2,4	-11,5	20,1	22,0	5,6
Nahrungsmit- telindustrie	-9,0	-16,4	-9,0	-17,5	-8,2	-4,2	-0,8	-1,9	7,5	7,1	-0,4

^a Ab 1994 einschließlich kleiner und mittlerer Betriebe. Bei den Daten für die einzelnen Zweige sind in allen Jahren nur die Groß- und Mittelbetriebe erfasst.

Quellen: WIIW Datenbank; Vgl. Goskomstat: Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar'-mart 2001 goda, Moskva, 2001.

tumsbarriere dar. Der Bedarf an modernen Maschinen und Ausrüstungen konnte aus heimischen Quellen nicht ausreichend gedeckt werden. Allerdings setzte sich bisher ein wesentlicher Teil der importierten Maschinen aus bereits gebrauchter Ausrüstung zusammen, wodurch die technologische Rückständigkeit und die niedrige Produktivität der Industrie zementiert werden könnten.

Die Landwirtschaft, und hier vor allem die Pflanzenproduktion, konnte ihr mäßiges Wachstum aus dem Jahr zuvor – bislang ohne nennenswerte Reformanstrengungen und hauptsächlich witterungsbedingt – auch im vergangenen Jahr fortsetzen. Die Getreide- und Kartoffelernte fiel höher als 1999 aus. Sie lag jedoch noch unter den durchschnittlichen Ernteergebnissen von vor Beginn der Transformation. Die Zuckerrüben- und Gemüseernte erreichte nicht die Ergebnisse des Vorjahres. Die Produktion tierischer Erzeugnisse veränderte sich kaum; der Tierbestand ging weiter zurück. Die finanzielle Lage der Agrarbetriebe verbesserte sich im Jahr 2000, doch nahezu die Hälfte der Betriebe erwirtschaftete weiterhin Verluste. Die hohe Verschuldung gegenüber den öffentlichen Haushalten führte erneut zu Forderungen nach einem Schuldenerlass für die Landwirtschaft. Dieser wäre jedoch nur dann begründet, wenn er mit wirksamen Reformen verbunden wäre. Das Mitte 2000 verabschiedete Reformkonzept für die Landwirtschaft entspricht diesem Erfordernis nur teilweise. Es zielte vor allem auf eine effizientere staatliche Marktregulierung ab, einschließlich Beschränkung der Importe, und voraussichtlich auch auf mehr Protektionismus. Auch strebte es die Herstellung eines einheitlichen Agrarmarktes über eine Beschränkung der Kompetenzen der einzelnen Regionen zugunsten der Föderation an. Die Landreform und die Privatisierung waren in diesem Konzept indes nicht enthalten. Ein im Juni 2001 von der Duma in erster Lesung behandeltes Gesetz zur Privatisierung von und zum Handel mit Grund und Boden schließt landwirtschaftlich genutzten Boden nicht ein.³

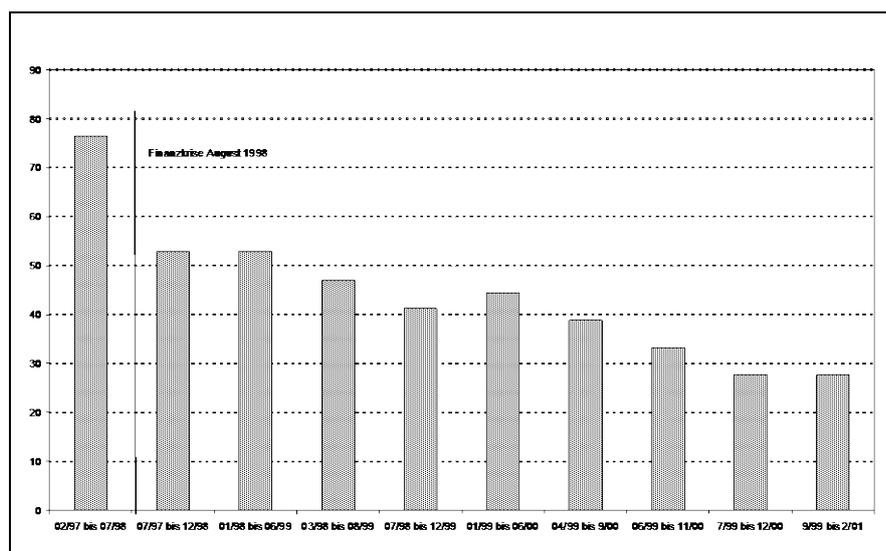
Von der Nachfrageseite her ist im Jahr 2001 noch ein verhältnismäßig starkes Wachstum des Privatverbrauchs und der Investitionen zu erwarten. Dafür sprechen weiterhin steigende Realeinkommen sowie die verbesserte Finanzlage der Unternehmen. Die reale Aufwertung und sinkende Weltmarktpreise für Rohöl werden die Nettoexporte sinken lassen. Eine Fortsetzung dieser Tendenzen ist im Wesentlichen auch im Jahr 2002 zu erwarten, zumal die bis dahin durchgeführten Reformen erste positive Effekte für Realeinkommen und Investitionstätigkeit zeigen werden. Unter diesen Annahmen wird das BIP in diesem Jahr um rund 5%, im Jahr 2002 um 3% bis 4% zulegen.

Diese Prognose wird durch die Entwicklung in den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres gestützt. Das BIP und die Industrieproduktion stiegen etwa um 5% bis 6%. Die Fortsetzung des Wirtschaftswachstums in diesem Jahr erscheint auch

³ Vgl. http://www.parvitelstvo.gov.ru/government/minister/kas_15_6_2001.html, vom 19. Juni 2001.

insofern robust, als das Risikopotential für den Ausbruch einer Finanzkrise niedrig geblieben ist. Die Krisenanfälligkeit Russlands wurde regelmäßig anhand des Verhaltens von 18 Indikatoren beurteilt.⁴ Im Vorfeld der Finanzkrise im August 1998 gingen noch von knapp 80% der Indikatoren Warnsignale aus (vgl. Abbildung 1). Im Betrachtungszeitraum September 1999 bis Februar 2001 lagen lediglich noch fünf Indikatoren über ihren kritischen Werten. Dazu zählten insbesondere Finanzmarktindikatoren (Zinsspanne, Kapitalflucht), die nach wie vor auf Schwierigkeiten im Bankensektor hindeuten. Allerdings ist bei weiteren Indikatoren, insbesondere beim realen Wechselkurs und der Industrieproduktion, eine Verschlechterung zu beobachten, sodass mit einer zunehmenden, aber noch nicht bedrohlichen Krisenanfälligkeit im Laufe des Jahres 2001 zu rechnen ist.

Abbildung 1:
Anteil der aufleuchtenden Indikatoren an den gesamten Indikatoren während eines Betrachtungszeitraums



Quellen: WIIW-Monatsdatenbank; International Monetary Fund: International Financial Statistics, Washington, D.C., verschiedene Ausgaben; Consolidated International Banking Statistics, verschiedene Ausgaben; Berechnungen des IWH.

⁴ Zu der Methodik des Signalansatzes vgl. *Brüggemann, A.; Linne, T.*: How good are leading indicators for currency and Banking Crises in Central and Eastern Europe? An empirical Test. IWH Diskussionspapiere Nr. 95, 1999.

Arbeitslosigkeit, Beschäftigung und soziale Lage

Die Lage am Arbeitsmarkt entspannte sich im vergangenen Jahr gegenüber den Vorjahren etwas. Erstmals seit Beginn der Reformen ist die nach der ILO-Methode ermittelte Zahl der Arbeitslosen gesunken, und zwar im Jahresdurchschnitt um insgesamt rund 1,8 Mio. Personen. Die Arbeitslosenquote sank im Jahresdurchschnitt auf 10,4%. Das Arbeitsangebot nahm trotz des Anstiegs der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ab. Dazu trug der Rückgang der Erwerbsquote bei (vgl. Tabelle 4). Damit bewegte sich die Erwerbsquote wieder im längerfristigen Trend, nachdem sie 1999 kurzfristig als eine der Folgen der Finanzkrise gestiegen war.

Im Verlauf des Jahres 2000 fanden insgesamt 1 Mio. Personen mehr Beschäftigung. Der Anstieg der Beschäftigung wurde vor allem durch die Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung verursacht. Gleichzeitig ging die verdeckte Arbeitslosigkeit in Form von Zwangsurlaub stark zurück. Die Zahl der Stellen, die den Arbeitsämtern gemeldet wurden, nahm weiter zu, und die Zahl der von den Arbeitsämtern offiziell registrierten Arbeitslosen ging zurück.

Das von der Regierung Mitte 1998 beschlossene Föderale Beschäftigungsprogramm hatte bereits im ersten Jahr zu einer beträchtlichen Entlastung (500 000 Personen) am Arbeitsmarkt geführt und wurde in den darauffolgenden Jahren fortgesetzt.⁵ Der Stellenwert des Programms ist noch immer hoch, da seine Weiterführung auch für das Jahr 2001 beschlossen wurde.⁶

Eine gestiegene Beschäftigung und höhere Realeinkommen haben die soziale Lage der Bevölkerung wieder verbessert. Allerdings lag der reale private Konsum noch um 15% unter dem Vorkrisenniveau von 1997. Die realen Geldeinkommen wuchsen im Jahr 2000 um 9% gegenüber dem Vorjahr. Damit lagen sie noch immer 25% unter dem Niveau von 1997.⁷ Real wuchsen die Löhne im vergangenen Jahr um 22%, die Renten sogar um 28%.⁸ Außerdem wurden die Lohnrückstände weiter abgebaut. Infolge des allgemeinen Einkommensanstiegs nahm die Zahl der Personen mit einem Einkommen unterhalb des Existenzminimums von 38 Mio. Ende 1999 auf 29 Mio. Ende 2000 ab.⁹ Die soziale Lage der Rentner verbesserte sich. Allerdings sicherte die durchschnittliche Altersrente im vergangenen Jahr noch immer nur 80% des Existenzminimums eines Rentners.

⁵ Vgl. IWH: Die wirtschaftliche Lage Russlands. Sechzehnter Bericht. IWH-Sonderheft 1/2000, S. 26.

⁶ Spravka o dejatel'nosti Rossijskoi trechstronnej Komissii po regulirovanii social'no-trudovykh otnošenii v 2000 godu, <http://www.government.gov.ru/government/ministers/v06072000.html>; vom 4. Mai 2001.

⁷ Social'no-ekonomičeskoe razvitie Rosjii v 2000 godu. Analyse des Föderalen Ministeriums für wirtschaftliche Entwicklung und Handel, vgl. <http://www.economy.gov.ru/god2000/god2000.html>; vom 7. Mai 2001.

⁸ Rossijskaja Gazeta, vom 20. März 2001, S. 1 f.

⁹ Goskomstat: Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, Moskva, Januar 2001, S. 216.

Tabelle 4:
Entwicklung der Beschäftigung, 1993 bis 2001

	Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter	Erwerbspersonen	Erwerbstätige	Arbeitslose		Erwerbsquote	Arbeitslosenquote		
				nach ILO ^c	davon registriert		nach ILO	Registrierte Arbeitslose	Registrierte zu ILO-Quote
				in Mio.			in %		
Jahreszahlen^a									
1993	83,8	74,1	69,9	4,2	0,8	88,4	5,7	1,1	19,3
1994	84,1	72,9	67,4	5,5	1,6	86,7	7,5	2,2	29,3
1995	84,2	73,0	67,0	6,0	2,3	86,7	8,2	3,2	39,0
1996	84,3	72,6	66,0	6,6	2,5	86,1	9,1	3,4	37,4
1997	84,8	72,1	65,4	6,7	2,0	85,0	9,3	2,8	30,1
1998	85,6	72,2	63,6	8,6	1,9	84,3	11,9	2,6	21,8
1999	85,5	73,3	64,0	9,3	1,6	85,7	12,7	2,2	17,3
2000	86,3	72,3	64,7	7,5	1,1	83,8	10,4	1,5	14,4
Quartalsdaten^b									
1999:									
1. Quartal	.	73,5	63,3	10,2	1,9	.	13,9	2,6	18,7
2. Quartal	.	73,3	64,2	9,2	1,7	.	12,5	2,3	18,4
3. Quartal	.	73,3	64,5	8,7	1,4	.	11,8	1,9	16,1
4. Quartal	.	73,1	64,1	9,0	1,3	.	12,3	1,8	14,6
2000:									
1. Quartal	.	72,2	63,7	8,5	1,2	.	11,8	1,7	14,4
2. Quartal	.	72,2	64,7	7,5	1,1	.	10,4	1,5	14,4
3. Quartal	.	72,2	65,1	7,1	1,0	.	9,8	1,4	14,3
4. Quartal	.	72,1	65,0	7,0	1,0	.	9,7	1,4	14,4
2001:									
1. Quartal	.	71,7	64,8	6,9	1,1	.	9,6	1,5	15,6

^a 1993 bis 1995 Jahresendzahlen; 1996 bis 2000 Jahresdurchschnitte. – ^b Durchschnitte. – ^c Einschließlich Rentner.

Quellen: Goskomstat: Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, Moskva, verschiedene Jahre, jeweilige Januarausgabe; Social'no-ekonomičeskoe razvitie Rosjii v 2000 godu. Analyse des Föderalen Ministeriums für wirtschaftliche Entwicklung und Handel, <http://www.economy.gov.ru/god2000/god2000.html>, vom 7. Mai 2001; Berechnungen des IWH.

Mit dem allgemeinen Anstieg der Einkommen war keine bemerkenswerte Veränderung der Einkommensverteilung verbunden. Die Relation zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Einkommensdezil blieb mit der Verringerung vom 14-fa-

chen auf das 13,7-fache faktisch konstant.¹⁰ Auch der Gini-Koeffizient (Index der Einkommenskonzentration) blieb nahezu unverändert (März 2001: 0,400). Die zu Beginn des Jahres 2001 in Kraft getretene Einkommenssteuerreform, deren Kernstück die Ablösung des bisher progressiven Tarifes durch einen proportionalen war, wird die personelle Einkommensverteilung spürbar zugunsten der mittleren und hohen Einkommen ändern. Für die überwiegende Zahl der privaten Haushalte stieg die Steuerbelastung um einen Prozentpunkt, und für eine deutlich geringere Anzahl brachte sie eine starke Entlastung.

Für das Jahr 2001 ist mit einem weiteren Anstieg der Realeinkommen der Bevölkerung zu rechnen. Allerdings sind im ersten Quartal dieses Jahres aufgrund der höher als erwartet ausgefallenen Inflationsrate die realen Geldeinkommen nur um 3,2% gestiegen, im März war sogar ein leichter Rückgang zu verzeichnen. In ihrem Programm zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung für den mittel- und langfristigen Zeitraum plant die Regierung für 2001 unter anderem die Anhebung des Mindestlohns, weitere Anhebungen von Löhnen und Gehältern im öffentlichen Dienst sowie eine Erhöhung des Indexierungskoeffizienten und eine zweimalige Anpassung der Renten.

Staatshaushalt und Fiskalpolitik

Im vergangenen Jahr verzeichneten sowohl das konsolidierte Budget als auch der föderale Haushalt erstmals seit dem Zerfall der Sowjetunion einen Überschuss: Im konsolidierten Haushalt belief er sich auf 3% des BIP (vgl. Tabelle 5) und im föderalen Haushalt auf 2,5%. Angesichts hoher Schuldendienstzahlungen in Höhe von etwa 7 Mrd. US-Dollar dürfte der Überschuss des Primärhaushalts, der den Grad der fiskalischen Disziplin beschreibt, noch viel höher ausgefallen sein. Für diese Entwicklung war vor allem die günstige Konjunktur im In- wie auch im Ausland förderlich. Im konsolidierten Haushalt stiegen die Einnahmen gegenüber dem Vorjahr auf nahezu 30% des BIP. Die Einnahmen des föderalen Budgets nahmen im vergangenen Jahr auf über 16% des BIP zu, wozu allerdings nicht nur die höheren Steuereinnahmen, sondern auch Umschichtungen zwischen den Haushalten der Föderation beitrugen. Die hohe fiskalische Disziplin ist eines der wichtigsten Merkmale, welches die Politik der Regierung seit Amtsantritt von Präsident Putin von der früherer Regierungen unterscheidet.

Für das laufende Jahr 2001 wird ebenso wie für die folgenden Jahre ein ausgeglichenes föderales Budget angestrebt. Gleichwohl wird der Primärsaldo wieder positiv ausfallen, um den Schuldendienst vollständig leisten zu können. Vorläufige Angaben über die föderalen Einnahmen und Ausgaben während der ersten vier Monate 2001 zeigten ein geringes Defizit, wobei die Aufwendungen für den

¹⁰ Ebenda, S. 204.

Schuldendienst etwa 3 Mrd. US-Dollar betragen. Der Überschuss im Primärhaushalt belief sich auf 4,8% des BIP¹¹ und signalisierte weiterhin fiskalische Disziplin.

Tabelle 5:
Konsolidierter Haushalt, 1997 bis 2000
- Ausgewählte öffentliche Einnahmen und Ausgaben -

	1997	1998	1999	2000	1997	1998	1999	2000
	in % der Gesamteinnahmen/-ausgaben				in % des BIP			
Einnahmen, insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	23,5	24,5	26,3	29,9
Gewinnsteuer	15,8	14,7	18,2	19,2	3,7	3,6	4,8	5,7
Einkommensteuer	11,6	10,8	9,7	8,4	2,7	2,7	2,5	2,5
Akzisen	10,3	10,3	9,0	8,0	2,4	2,5	2,4	2,4
Mehrwertsteuer	26,5	23,8	23,7	22,0	6,2	5,8	6,3	6,6
Außenwirtschaft	1,1	2,4	3,0	1,8	0,3	0,6	0,8	0,5
Einnahmen:								
aus Staatsvermögen	2,0	2,0	2,0	3,3	0,5	0,5	0,5	1,0
aus Privatisierung	1,8	2,7	1,0	2,0	0,4	0,6	0,3	0,6
Zweckgebundene Fonds	.	.	8,8	10,8	.	.	2,3	3,2
Sonstige Einnahmen	30,9	33,3	24,6	24,5	7,3	8,2	6,4	7,2
Ausgaben, insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	28,6	28,0	27,3	26,9
Industrie, Energie, Bauwirtschaft	4,6	2,9	2,5	3,1	1,3	0,8	0,7	0,8
Landwirtschaft, Fischerei	3,4	2,6	2,9	2,9	3,4	0,7	0,8	0,8
Transport, Kommunikation	2,8	2,5	2,1	2,1	0,8	0,7	0,6	0,6
Soziale u. kulturelle Zwecke	34,0	31,7	29,2	28,5	9,7	8,9	8,0	7,7
Verteidigung	10,2	7,5	9,2	10,2	2,9	2,1	2,5	2,7
Verwaltung u. Rechtsorgane	10,3	9,6	5,9	7,1	2,9	2,7	1,6	1,9
Schuldendienst	6,2	14,2	15,1	10,2	1,8	4,0	4,1	2,8
Umweltschutz	0,5	0,4	0,4	0,4	0,2	0,1	0,1	0,1
Zweckgebundene Fonds	.	.	8,0	11,9	.	.	2,2	3,2
Sonstige Ausgaben	28,0	28,5	24,7	23,6	5,6	8,0	6,7	6,3
Saldo	-5,1	-5,8	-1,0	3,0

Quellen: Goskomstat: Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1997 g., Moskau 1997; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1998 g., Moskau 1998; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1999, janvar' 2000; Moskau 2000; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 2000, janvar' 2001; Moskau 2001.

¹¹ Vgl. <http://www.eeg.ru/budget.html>;
http://www.pravitelstvo.gov.ru/government/minister/kas_2001_05_11.html vom 17. Mai 2001.

Der Entschluss, den Schuldendienst vollständig zu leisten, fiel erst im Februar 2001. Bis zum Dezember 2000 erklärte die russische Regierung gegenüber dem Pariser Club, dass sie den Teil des Schuldendienstes von 14,5 Mrd. US-Dollar für 2001, der aus den Altschulden der Sowjetunion stammt, nicht leisten könne und verlangte einen Teilschuldenerlass. Im Februar wurde durch Parlamentsbeschluss das Haushaltsgesetz nachträglich korrigiert und die Bedienung der Schulden gesichert.¹² Von den zu erwartenden Mehreinnahmen sollen im laufenden Jahr die ersten 41 Mrd. Rubel (1,2 Mrd. US-Dollar) vollständig für Schuldentilgung und Schuldendienst verwendet werden. Darüber hinausgehende Einnahmen sollen je zur Hälfte für den Schuldendienst und für soziale Zwecke verwendet werden. Mehreinnahmen über die Gesamtsumme von 165 Mrd. Rubel (4,8 Mrd. US-Dollar) hinaus sollen wiederum vollständig der Schuldentilgung dienen.

Diese Politik soll auch in den kommenden Jahren fortgesetzt werden. Die wichtigsten Eckdaten des Budgetentwurfs für das Jahr 2002 wurden im Mai des laufenden Jahres bekanntgegeben.¹³ Danach wird mit einer Inflationsrate von 12% (Jahresende), einem durchschnittlichen Wechselkurs von 31,5 Rubel pro US-Dollar und einem Ölpreis von 22 US-Dollar pro Barrel gerechnet. Wie bereits in den vergangenen Jahren sind diese Eckdaten eher vorsichtig angesetzt, sodass dem Budget wahrscheinlich Mehreinnahmen zufließen dürften. Die Regierung beschloss Anfang Juni 2001 für das folgende Jahr die Gründung eines Reservefonds, der sich aus jenen Steuereinnahmen aus dem Rohölexport speisen soll, die nach Abzug des Schuldendienstes übrig bleiben.¹⁴ Diese Mittel sollen die Bedienung der Auslandsschuld in den jeweils folgenden Jahren sichern.

Inflation und Geldpolitik

Die Geldpolitik war im vergangenen Jahr durch das Bestreben der Zentralbank gekennzeichnet, ihre Devisenreserven zu erhöhen. Ende des Jahres betragen die Reserven 28 Mrd. US-Dollar und waren um knapp 16 Mrd. US-Dollar höher als ein Jahr zuvor. Das wichtigste Instrument für den Aufbau der Reserven war die Devisenabführungspflicht für Exporteure. Die entsprechende Quote war Ende 1998 auf 75% angehoben worden. Der starke Anstieg der Exporteinnahmen zog damit eine kräftige Expansion der ausländischen Komponente der Geldbasis nach sich (vgl. Tabelle 6). Um eine allzu starke Gefährdung ihres Inflationszieles zu verhindern, beschränkte die Zentralbank das Wachstum der inländischen Komponenten der Geldbasis. Dies geschah durch eine Rückführung der Kreditgewährung sowohl an die Regierung als auch an die Geschäftsbanken. Gleichwohl überstieg das Wachs-

¹² Vgl. Rossijskaja Gazeta vom 27. März 2001, S. 4.

¹³ Vgl. <http://www.pravitelstvo.gov.ru> vom 17. Mai. 2001.

¹⁴ Vgl. <http://www.pravitelstvo.gov.ru> vom 7. Juni 2001.

tum der erweiterten Geldmenge M2 das der Geldbasis und beschleunigte sich auch gegenüber dem Vorjahr (vgl. Tabelle 7).

Tabelle 6:
Zusammensetzung der Geldbasis von der Entstehungsseite, 1997 bis 2000
- Anteile in % -

	1997	1998	1999	2000			
				1.	2.	3.	4.
Geldbasis	100	100	100	100	100	100	100
Inländische Aktiva	86	197	124	89	49	22	17
davon:							
Kredite an Regierung (netto)	117	131	95	75	43	.	.
Kredite an Geschäftsbanken (netto)	-13	-11	-14	-29	-31	.	.
Andere (netto)	-17	77	42	42	37	.	.
Ausländische Aktiva (netto)	14	-97	-24	11	51	78	83

Quellen: Russian Economic Trends, Monthly Update, verschiedene Ausgaben; International Monetary Fund, International Financial Statistics, Washington, D.C., verschiedene Ausgaben.

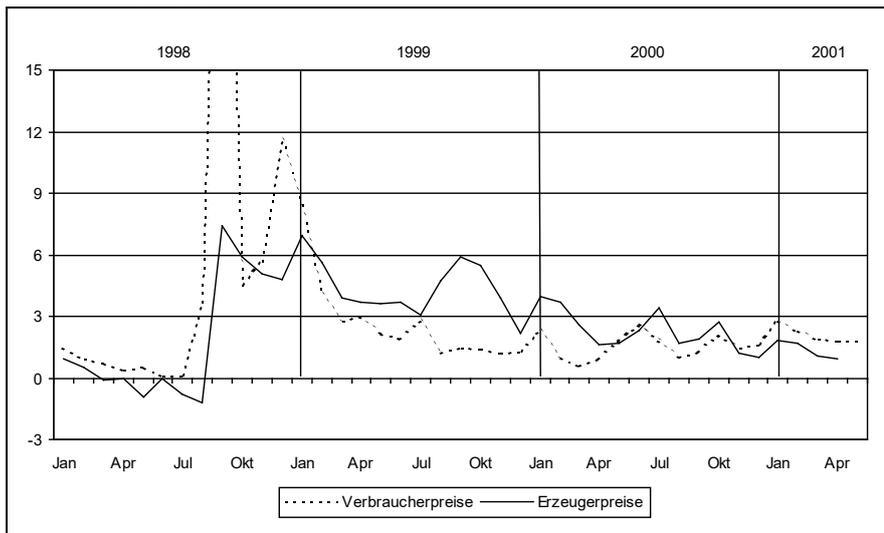
Tabelle 7:
Geldmengen- und Kreditaggregate, 1997 bis 2001
- Veränderungen gegenüber dem Ende der Vorperiode in % -

	1997	1998	1999	2000	2000				2001
					1.	2.	3.	4.	
Bargeld	26	44	42	57	-6	28	9	20	-5
Geldbasis	26	28	54	60	-2	25	10	19	-4
M2 (Rubel)	30	20	57	62	7	19	11	16	1
Bankkredite	19	41	50	66	9	12	16	17	6
<i>Nachrichtlich:</i>									
Erzeugerpreise	8	23	76	67	10	7	7	6	5
Verbraucherpreise	11	85	37	20	5	4	5	5	7

Quellen: Russian Economic Trends, Monthly Update, verschiedene Ausgaben; International Monetary Fund, International Financial Statistics, Washington, DC, verschiedene Ausgaben; WIIW-Datenbank; Central Bank of the Russian Federation; <http://www.cbr.ru>; Berechnungen des IWH.

Der Disinflationsprozess setzte sich jedoch fort, auch wenn das Inflationsziel der Zentralbank leicht überschritten wurde. Die monatliche Inflationsrate lag während des Jahres zwischen 1% und 2% (vgl. Abbildung 2). Die Verbraucherpreise nahmen im Jahresdurchschnitt um knapp 21% zu, die industriellen Erzeugerpreise stiegen um fast 47%. Der starke Anstieg der Erzeugerpreise reflektierte die hohen Energiepreise und die Tarifsteigerungen im Transportwesen.

Abbildung 2:
 Monatliche Inflationsraten, Januar 1998 bis April 2001
 - Veränderungen gegenüber dem Vormonat in % -

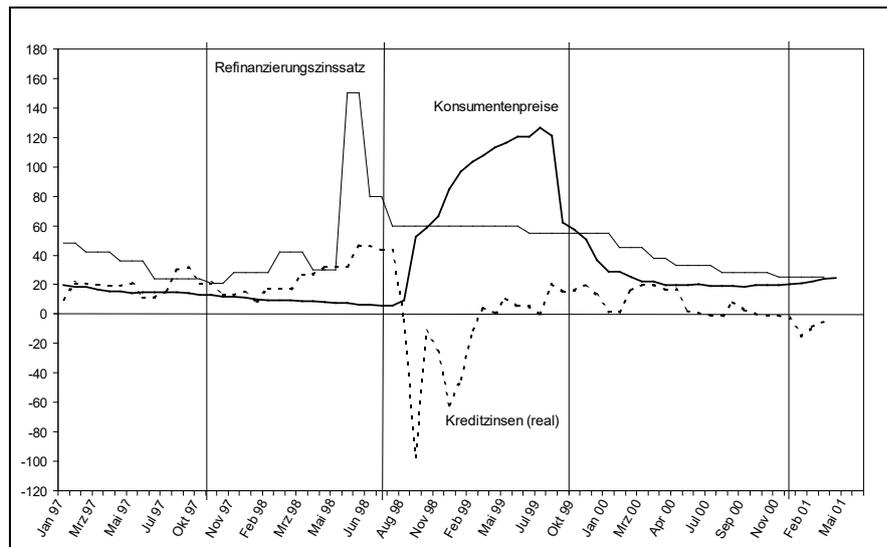


Quelle: WIIW-Monatsdatenbank.

Das Geldmengenwachstum generierte deshalb keine höhere Inflation, weil die Geldnachfrage ebenfalls zunahm. Dies kam in einem Rückgang der Umlaufgeschwindigkeit, in einer höheren Bargeldquote und in einem höheren Grad der Monetisierung der Wirtschaft zum Ausdruck. All dies spiegelt das gestiegene Vertrauen in die Währung wider. Die sich abschwächende Inflation ermöglichte eine Senkung des Refinanzierungssatzes durch die Zentralbank. Diese Senkung erfolgte in fünf Schritten: bis Mai 2001, infolge dessen der Zinssatz auf 25% fiel (vgl. Abbildung 3). Die stark gestiegene Liquidität im Bankensektor erhöhte das Kreditangebot, und die Kreditzinsen fielen.

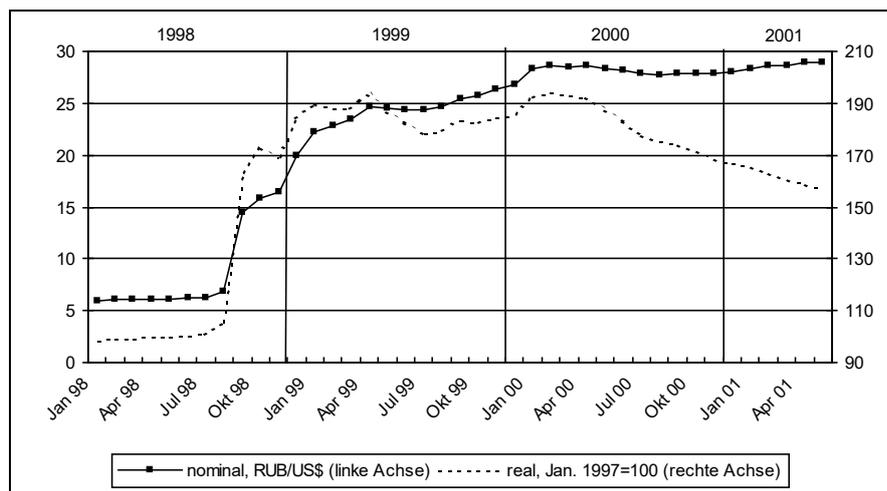
Der nominale Wechselkurs des Rubel ist seit längerer Zeit gegenüber dem US-Dollar stabil. Seit April 2000 wertete er sogar etwas auf, weil der Aufbau der Devisenreserven den Devisenzufluss nicht vollständig absorbierte. Die stabilitätsorientierte Wechselkurspolitik der Zentralbank war somit erfolgreich. Seitens der Regierung und der Wirtschaft wurden jedoch bereits ihre negativen Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit beklagt. Real wertete der Rubel nämlich stark auf – gegenüber dem US-Dollar (und bereinigt mit dem Verbraucherpreisindex) seit Januar des Jahres 2000 um rund 17%, nach Deflationierung mit dem Erzeugerpreisindex sogar um fast 20% (Mai 2001 gegenüber Januar 2000; vgl. Abbildung 4). Eine noch deutlichere reale Aufwertung ergab sich gegenüber dem Euro.

Abbildung 3:
Entwicklung der Verbraucherpreise und ausgewählter Zinssätze, 1997 bis April 2001
- in % p.a. -



Quellen: Central Bank of the Russian Federation: Bulletin of Banking Statistics, No. 1 (80), S. 27; WIIW-Datenbank; Berechnungen des IWH.

Abbildung 4:
Wechselkurs des russischen Rubel zum US-Dollar, Januar 1998 bis April 2001



Quellen: WIIW-Monatsdatenbank; Berechnungen des IWH.

Die Zentralbank setzte in der ersten Hälfte 2001 den Reservenauflauf fort. Anfang Juni des Jahres überstiegen die Devisenreserven 33 Mrd. US-Dollar. Das Wachstum der Geldmenge M2 und der Bankkredite beschleunigte sich wieder im zweiten Quartal. Insbesondere scheinen die Kredite an den Privatsektor zu expandieren. Der reale Kreditzins ist seit Beginn des Jahres negativ. Es gab erste Anzeichen dafür, dass die Inflationswirkungen einer Geldmengenexpansion zunehmen. In den ersten vier Monaten des Jahres stiegen die Verbraucherpreise gegenüber der entsprechenden Periode des Vorjahres um gut 25%. Das bereits nach oben revidierte Inflationsziel der Zentralbank für das Jahr 2001 wird wieder überschritten werden. Vor diesem Hintergrund sollte sich das Ziel des Reserveaufbaus wieder dem Stabilitätsziel unterordnen. Dies verlangt eine Reduktion, besser noch die Abschaffung der Devisenabführungspflicht, sodass die Zentralbank Handlungsspielraum für die Geldpolitik zurückgewinnen würde.

Außenwirtschaftliche Entwicklung und Zahlungsbilanzprobleme

Der Außenhandel zählte im vergangenen Jahr zu den besonders dynamisch wachsenden Bereichen der Wirtschaft. Der Aktivsaldo der Handelsbilanz konnte sich aufgrund der außerordentlich günstigen Entwicklung der Terms of Trade beträchtlich vergrößern. Er lag mit 61 Mrd. US-Dollar um fast 70% über dem von 1999 (vgl. Tabelle 8).

Laut Zahlungsbilanzstatistik lagen die Exporteinnahmen um etwa 40% über dem Vorjahresniveau.¹⁵ Mengenmäßig stiegen die Exporte dagegen nur um etwa 10%. Die Warenstruktur der Exporte änderte sich weiter zuungunsten hochverarbeiteter Produkte: Der Anteil der Energieträger und anderer Rohstoffe erreichte 54%. Der Anteil der Ausfuhren außerhalb der GUS stieg auf 86%.

Bei den Einfuhren war es genau umgekehrt, wertmäßig stiegen sie um ca. 14%, mengenmäßig war dagegen eine größere Steigerung zu verzeichnen. Dadurch ergab sich eine Terms of Trade-Verbesserung von ca. 40%. Der Anteil der Nicht-GUS-Importe fiel im Vorjahr auf 70%.

¹⁵ Laut Zentralbank: http://www.cbr.ru/statistics/credit_statistics; vom 4. Mai 2001.

Tabelle 8:
Zahlungsbilanz Russlands, 1997 bis 2001
- in Mrd. US-Dollar -

	1997	1998	1999	2000	2000				2001
					1.	2.	3.	4.	
Saldo der Leistungsbilanz	2,1	0,7	24,6	46,3	11,9	10,9	10,5	12,9	11,5
Saldo der Handelsbilanz	17,0	16,9	36,1	60,7	14,4	14,6	15,6	16,1	14,5
Exporte	89,0	74,9	75,7	105,6	24,4	25,0	26,7	29,5	25,3
Importe	-72,0	-58,0	-39,5	-44,9	-10,0	-10,4	-11,1	-13,4	-10,8
Saldo der Nichtfaktordienstleistungen	-5,9	-4,1	-4,4	-7,8	-1,6	-2,1	-2,2	-1,9	-2,0
Exporte	14,1	12,4	9,1	9,6	1,8	2,3	2,9	2,6	1,9
Importe	-20,0	-16,4	-13,4	-17,4	-3,4	-4,4	-5,2	-4,5	-3,9
Faktoreinkommen	-8,7	-11,8	-7,7	-6,7	-0,9	-1,7	-2,8	-1,2	-0,9
Arbeitseinkommen	-0,3	-0,2	0,2	0,3	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0
Kapitalerträge	-8,4	-11,6	-7,9	-6,9	-1,0	-1,8	-2,9	-1,3	-0,9
Erhaltene Kapitalerträge	4,1	4,0	3,5	4,3	2,4	0,6	0,6	0,7	2,5
Gezahlte Kapitalerträge	-12,5	-15,6	-11,4	-11,2	-3,4	-2,4	-3,4	-2,0	-3,4
Laufende Transfers	-0,4	-0,3	0,6	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0
Saldo der Kapitalverkehrsbilanz	2,8	8,4	-17,7	-36,7	-9,7	-10,0	-7,8	-9,6	-8,1
Kapitaltransfers	-0,8	-0,4	-0,3	11,0	0,0	0,0	11,0	0,0	0,0
Saldo der Direktinvestitionen	1,7	1,5	1,3	-0,8	0,0	0,1	-0,2	-0,3	-0,3
Direktinvestitionen im Ausland	-3,2	-1,3	-2,0	-3,5	-0,5	-0,4	-0,8	-1,3	-0,7
Direktinvestitionen in Russland	4,9	2,8	3,3	2,7	0,5	0,5	0,7	1,0	0,4
Saldo der Portfolioinvestitionen	45,8	8,6	-0,9	-10,6	0,6	-1,5	-9,1	-0,6	-0,1
Forderungen	-0,2	-0,3	0,3	-0,4	0,0	0,0	-0,3	-0,1	0,0
Verbindlichkeiten	45,9	8,9	-1,2	-10,2	0,6	-1,5	-8,8	-0,4	-0,1
Sonstige Kapitalbewegungen	-41,9	-6,6	-15,8	-20,3	-7,3	-2,2	-5,7	-5,9	-7,7
Forderungen	-26,6	-15,9	-15,3	-17,3	-6,7	-2,0	-2,8	-5,5	-6,2
Veränderung der Bargeldbestände	-13,4	0,8	0,9	-0,3	0,0	0,4	0,3	-1,0	-0,4
Laufende Konten und Depositen	1,0	1,2	-3,9	-3,6	-1,5	-0,6	-0,6	-0,9	-1,5
Handels- und andere Kredite	0,5	-1,5	-0,6	1,2	0,9	0,8	-0,5	-0,1	1,2
Überfällige Zahlungen	-3,0	-7,4	-5,8	-7,5	-3,8	-0,7	-0,9	-2,1	-3,5
Nicht eingegangene Exporterlöse	-11,7	-8,7	-5,4	-5,8	-2,2	-1,5	-0,8	-1,2	-1,7
Sonstige Forderungen	0,1	-0,3	-0,5	-1,3	-0,1	-0,4	-0,3	-0,2	-0,3
Verbindlichkeiten	-15,3	9,3	-0,6	-3,0	-0,6	-0,3	-2,9	-0,3	-1,5
Veränderung der Bargeldbestände	0,0	0,1	0,0	0,2	0,0	0,0	0,0	0,1	.
Laufende Konten und Depositen	-4,7	-3,1	0,2	0,8	0,1	-0,3	0,5	0,4	.
Handels- und andere Kredite gegeben	-0,1	0,3	0,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Erhaltene Anleihen und Kredite	13,3	7,3	-2,9	-3,3	-1,1	-1,2	-0,5	-0,7	-1,4
Überfällige Zahlungen	-24,3	5,3	2,0	-1,6	0,3	1,1	-2,9	-0,2	-0,1
Sonstige Verbindlichkeiten	0,5	-0,7	-0,2	0,9	0,1	0,1	0,0	0,1	0,0
Reserveaktiva und Sonstiges	6,6	21,4	1,7	-14,0	-2,1	-5,8	-3,0	-3,0	
Reserveaktiva	-1,9	5,3	-1,8	-16,0	-3,1	-6,2	-3,9	-2,7	.
Inanspruchnahme von IWF Mitteln	1,5	5,2	-3,6	-2,9	-0,9	-0,9	-0,7	-0,5	.
Sonderfinanzierung	7,0	10,9	7,1	4,9	1,9	1,3	1,6	0,2	.
Fehler und Korrekturposten (netto)	-11,5	-30,5	-8,6	4,4	-0,1	4,9	0,3	-0,3	

Quellen: Central Bank of the Russian Federation; Balance of Payments of the Russian Federation, <http://www.cbr.ru>. Stand: 13. April 2001; International Monetary Fund; International Financial Statistics, Washington, D.C. 2001; Berechnungen des IWH.

Die Leistungsbilanz schloss im vergangenen Jahr mit einem noch größeren Überschuss als im Vorjahr ab. Dementsprechend war der Saldo der Kapitalverkehrsbilanz trotz des Aufbaus von Devisenreserven negativ.

Die Streichung eines Teils der Verschuldung gegenüber dem Londoner Club in Höhe von 10 Mrd. US-Dollar schlug sich im 3. Quartal 2000 in der Zahlungsbilanz in der Position „Kapitaltransfer“ nieder. Der Zufluss an ausländischen Direktinvestitionen blieb mit 2,7 Mrd. US-Dollar unter dem Vorjahresniveau.¹⁶ Auf Nettobasis waren die Direktinvestitionen sogar negativ. Ansonsten haben die Kapitalabflüsse gegenüber dem Vorjahr deutlich zugenommen. Hinter den verschiedenen Positionen der Kapitalbilanz, wie „Portfolioinvestitionen“, aber auch den unter „sonstige Kapitalbewegungen“ verbuchten „überfällige Zahlungen“ und „nicht eingegangenen Exporterlösen“, sowie den Fehler- und Korrekturposten dürfte sich auch Kapitalflucht verbergen.¹⁷ Als Schritt zur Verhinderung von Kapitalflucht wurde von der Duma im April des Jahres eine internationale Konvention zur Bekämpfung der Geldwäsche ratifiziert.¹⁸

Der Teilschuldenerlass ging auf ein entsprechendes Abkommen mit Banken des Londoner Clubs zurück, die Tilgung erfolgte gegenüber dem IWF. Die Auslandsverschuldung nahm durch beides auf 145 Mrd. US-Dollar ab. Dies und das nominale Wirtschaftswachstum im vergangenen Jahr ließen die Relation der Bruttoverschuldung zum BIP auf 57% sinken, nachdem sie im Vorjahr noch 82% betragen hatte.

Eine weitere vollständige Leistung des Schuldendienstes sollte für die nachfolgenden Jahre gesichert sein. Dies gilt auch für das Jahr 2003, in dem der jährliche Schuldendienst 18,5 Mrd. US-Dollar erreichen wird. Diese Spitze entsteht durch die Fälligkeit der nach der Krise 1998 in Euro-Bonds umgewandelten GKO und OFZ. Da aber „regierungsfreundliche“ Banken mit dem Kauf dieser Papiere begonnen haben sollen, scheint ihre Fälligkeit kein ernsthaftes Problem zu bedeuten.¹⁹ Auch erhöht die beschlossene Bildung eines Reservefonds im Staatshaushalt die Chancen für eine vollständige Bedienung der Auslandsschuld. Darüber hinaus dürften die Nettoeinnahmen aus dem Export von Waren und Dienstleistungen zur Begleichung des Schuldendienstes ausreichen (vgl. Kasten).

¹⁶ Goskomstat weist Direktinvestitionen (einschließlich Kredite) in Höhe von 4,4 Mrd. US-Dollar aus. Vgl. Goskomstat: Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, Moskva, Januar 2001, S. 136.

¹⁷ Der Berater des russischen Präsidenten A. Illarijonov beziffert die Kapitalflucht im Jahr 2000 auf 25 Mrd. US-Dollar. Vgl. Izvestija, 07.02.2001, S. 6. Die Zentralbank schätzt durch unterschiedliche Gewichtung der Posten der Kapitalverkehrsbilanz 20 Mrd. US-Dollar, das Wirtschaftsministerium gibt 28 Mrd. US-Dollar an.

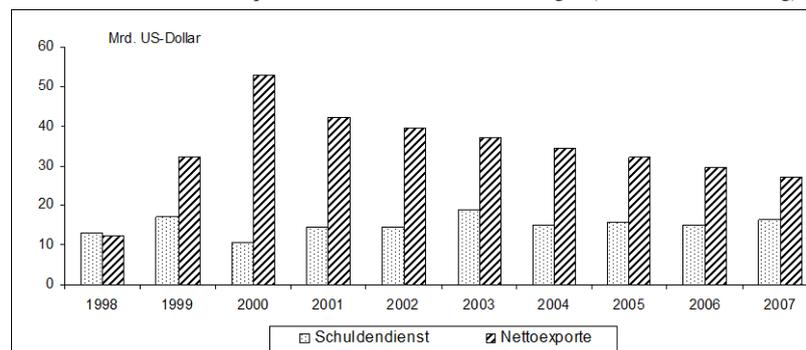
¹⁸ Izvestija vom 26. April 2001, S. 1.

¹⁹ Vgl. Goldman & Sachs: EMEA Economic Analyst, Focus Russia, 4. Mai 2001.

Die Bedeutung der Energieexporte für Zahlungsbilanz und Schuldendienst

Der Energiesektor nimmt in Russlands Wirtschaft und Finanzen eine Schlüsselrolle ein. In den vergangenen Jahren war die Exportquote der Energiegewinnung gestiegen, nicht zuletzt durch die Senkung des inländischen Energieverbrauchs als Folge rückläufiger Produktion. Die Quote betrug im vergangenen Jahr knapp 44%. Darüber hinaus wurde ein bedeutender Teil der Energieexporte auf Märkte außerhalb der ehemaligen Sowjetunion umgeleitet, wodurch zusätzliche Devisen erwirtschaftet werden konnten. Rohöl wurde in Russland im vergangenen Jahr im Umfang von 323 Mio. Tonnen gefördert, von denen mehr als 60% entweder in Rohform oder verarbeitet exportiert wurden. Die Erdgasförderung betrug 584 Mrd. Kubikmeter, von denen nur etwa ein Drittel ausgeführt wurden. Bei einer leichten Steigerung der Erdölförderung und einem leichten Rückgang der Erdgasförderung fiel der direkte Beitrag beider Energieträger zum Wachstum des BIP vernachlässigbar gering aus. Der eigentliche Wachstumseffekt trat über die Preisentwicklung und damit über deren Beitrag zur finanziellen und monetären Entwicklung in Russland auf. Die durchschnittlichen Weltmarktpreise für Rohöl stiegen im vergangenen Jahr um mehr als 60%. Die gestiegene Exportquote und der Preisanstieg bewirkten in der Handelsbilanz einen Anstieg der Exporteinnahmen aus Energieexporten auf fast 35 Mrd. US-Dollar, was einem Drittel der gesamten Exporteinnahmen entsprach. Die Gewinne der Energieunternehmen betragen mehr als 10 Mrd. US-Dollar. In der Folge flossen mehr Steuern in den Staatshaushalt.

Abbildung 5:
Schuldendienst und Nettoexporte von Waren und Dienstleistungen (2001-2007: Schätzung)



Die kurz- und langfristigen Auswirkungen der Energieexporte auf die Zahlungsbilanz und den Schuldendienst wurden in einem Szenario geschätzt, welches in Abbildung 5 illustriert wird. Das Szenario nimmt bis 2007 einen durchschnittlichen Ölpreis von 25 US-Dollar je Barrel, eine konstante Exportmenge bei Rohöl und eine Steigerung der Importe sowie der übrigen Exporte im Trend der vergangenen Jahre an. Für das laufende Jahr 2001 zeichnet sich dann bei einer Wachstumsrate der Importe von 24% ein Überschuss in der Handelsbilanz von 50 Mrd. US-Dollar ab, d. h. knapp 11 Mrd. US-Dollar weniger als 2000. Berücksichtigt man den negativen Saldo der Nichtfaktordienstleistungen, so werden die Nettoexporte von Waren und Dienstleistungen im laufenden Jahr von etwa 53 Mrd. US-Dollar auf 42 Mrd. US-Dollar sinken. Projiziert man die Trends bis zum Jahr 2007, so zeigt sich ein Rückgang des Handelsbilanzüberschusses auf 35 Mrd. US-Dollar und des Leistungsbilanzüberschusses auf 27 Mrd. US-Dollar. Damit wird der direkte Beitrag der Energieexporte zum BIP-Wachstum stagnieren, der indirekte Beitrag über eine Verbesserung der Finanzlage der gesamten Wirtschaft wird eher abnehmen. Nur für diesen Fall würde sich das Wachstum der Geldbasis abschwächen. In den ersten Monaten des laufenden Jahres sind die Ölpreise zwar geringfügig gesunken, ihr Rückgang wurde jedoch durch den Anstieg der Kontraktpreise für Erdgas weitgehend kompensiert.

Es wird darauf ankommen, durch entsprechende Wirtschaftsreformen diese Mittel auch für den Schuldendienst verfügbar zu machen und die Kapitalflucht einzudämmen. Eine Umschuldung von Verbindlichkeiten gegenüber Mitgliedern des Pariser Clubs, geschweige denn ein Teilschuldenerlass, sollte also nicht notwendig werden.

Wirtschaftspolitische Maßnahmen, Privatisierung, Strukturwandel

Von den langfristigen Reformvorhaben der Regierung, die sie im Juni 2000 in ihrem umfassenden Programm, der „Entwicklungsstrategie der Russischen Föderation bis 2010“²⁰, ankündigte, wurden im vergangenen Jahr erste Teile realisiert. Zu Beginn dieses Jahres traten neue Regelungen für die Mehrwertsteuer, die Einkommensteuer, die Akzisen sowie die Umsatzsteuer in Kraft. Zusätzlich wurde eine Sozialsteuer eingeführt, die die bisherigen Abführungen der Arbeitgeber an diverse Sozialfonds ersetzt. Seit Anfang des Jahres gilt auch ein neues Zollregime; die Tarife wurden allgemein gesenkt und vereinheitlicht (der durchschnittliche Zolltarif sank auf 10,7%).²¹ Dies geschah in Vorbereitung auf die angestrebte Mitgliedschaft in der Welthandelsorganisation (WTO). Im Mai dieses Jahres wurden auch die Konzepte zur Umstrukturierung der Elektrizitätswirtschaft und der Eisenbahn von der Regierung verabschiedet.

Bezüglich der Umsetzung weiterer Schwerpunkte des Reformprogramms begann die Regierung mit der Schaffung der erforderlichen Gesetzesgrundlagen. Hierzu gehören die Herstellung von Rechtssicherheit sowie die Fortsetzung des Strukturwandels verbunden mit einer transparenteren Privatisierung. Die erforderliche Zeit zur Diskussion und Überarbeitung der Entwürfe ist jedoch größer als ursprünglich geplant. Bei der Körperschaftssteuerreform, im vorigen Jahr noch nicht beschlossen, zeichnet sich ein Steuersatz von 25% ab. Dies wäre eine deutliche Reduzierung gegenüber bisherigen 30%. Die effektive Belastung wird letztendlich jedoch von der Möglichkeit zur Abschreibung geschäftlicher Ausgaben abhängen; hier besteht weiterhin keine Klarheit.

Insbesondere ist eine Neufassung des Privatisierungsgesetzes notwendig, um der Privatisierung einen neuen Schub zu geben. Zwar stieg die Zahl der privatisierten Unternehmen im vergangenen Jahr, aber dabei handelte es sich überwiegend um kleine und mittlere Unternehmen in kommunalem Eigentum und im Eigentum der Föderationssubjekte. Dies wird daran ersichtlich, dass allein 80% der gesamten Einnahmen der öffentlichen Haushalte aus der Privatisierung aus dem Verkauf von Aktien der Erdölfirma Onako stammten, die sich im föderalem Besitz befanden.

²⁰ Zu den Einzelheiten des Reformkonzepts vgl. IWH: Die wirtschaftliche Lage Russlands. Siebzehnter Bericht. IWH-Sonderheft 4/2000, S. 16 ff.

²¹ Bank of Finland: Russian and Baltic Economics. The Week in Review, No. 1/2001, S. 1.

Die restlichen Einnahmen stammten überwiegend aus dem Verkauf von föderalen Anteilen an drei weiteren großen Unternehmen.

Neu ist, dass im laufenden Jahr größere Aktienpakete auf westlichen Finanzmärkten angeboten werden sollen. Da das noch geltende Privatisierungsgesetz einen Verkauf an Ausländer jedoch nicht zulässt, entschloss sich die Regierung zur Gründung einer speziellen Privatisierungsgesellschaft, die die Anteile der Ölkonzerne LUKoil und Gasprom über die Ausgabe sogenannter ADR (American Depositary Receipts) veräußern soll. Bei dieser Methode werden von den Banken ausgestellte Aktienzertifikate über hinterlegte ausländische Aktien gehandelt. Mit der Übertragung des Verkaufs an die Privatisierungsgesellschaft kann das Verbot einer direkten Veräußerung von Staatsbesitz an Ausländer umgangen werden. Die Regierung plant, 6% der noch im Staatsbesitz befindlichen Aktien von LUKoil an der New Yorker Börse anzubieten.²² Damit setzt sie eine Vorgehensweise aus der zweiten Hälfte der neunziger Jahre fort, als ADR-Programme für russische Unternehmen aufgelegt wurden.²³

Die in den letzten Jahren stagnierende Privatisierung, das geringe Engagement ausländischer Investoren und die reale Aufwertung des Rubel beschränkten den Wandel in der Wirtschaft hin zu modernen Strukturen. Gleichwohl sind seit August 1998 Anzeichen eines positiven Strukturwandels zu beobachten, vor allem in der verarbeitenden Industrie. Seitdem weist die Produktion im Maschinenbau, in der Chemieindustrie und in der Leichtindustrie die höchsten Wachstumsraten aus. Die Produkte dieser Industrien sind gegenüber importierten Produkten deutlich wettbewerbsfähiger geworden. Ausländische Direktinvestitionen könnten diesen Strukturwandel stärker als bisher unterstützen. Im vergangenen Jahr flossen lediglich 5% der Direktinvestitionen in den Maschinenbau, aber auch 30% in das Nachrichten- und Transportwesen und ca. 19% in die Lebensmittelindustrie. Mit einer Verstärkung des positiven Strukturwandels ist in den nächsten Jahren zu rechnen, wenn die angekündigten Reformen zügig durchgeführt werden.

²² Die Erlöse von 6% der Aktien von LUKoil auf diesem Weg werden auf 500-800 Mio. US-Dollar geschätzt. Der Erlös pro Aktie würde damit mehr als das Sechsfache gegenüber dem früheren Verkauf eines Aktienpakets von LUKoil im Jahre 1999 mit „herkömmlichen“ Privatisierungsmethoden betragen. Vgl. Russian Economic Trends, Nr. 1/2001, S. 3 und <http://www.iet.ru/trend/02-01/02-01r.htm>, vom 25. Mai 2001.

²³ Vgl. Linne, T.: Mittel- und Osteuropäische Aktienmärkte: Geringe Liquidität beeinträchtigt Entwicklung; in: IWH, Wirtschaft im Wandel 5/2000, S. 126.

IWH _____

Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus

Überalterung des Kapitalstocks wird zur Wachstumsbarriere

Achtzehnter Bericht

IWH _____

Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus

Überalterung des Kapitalstocks wird zur Wachstumsbarriere

Zusammenfassung

Das reale Bruttoinlandsprodukt und die reale Industrieproduktion nahmen im vergangenen Jahr um 6% bzw. 8% zu. Auch blieb die offiziell registrierte Arbeitslosigkeit weiterhin auf einem sehr niedrigen Niveau von etwa 2% der Erwerbspersonen. Die Republik Belarus gehört aber damit nur auf den ersten Blick zu den wirtschaftlich erfolgreichen Ländern Mittel- und Osteuropas. Diese "Erfolge" wurden nämlich zu einem hohen Preis erkaufte: Die Inflationsrate blieb auf einem dreistelligen Niveau (169%). Die Anlageinvestitionen nahmen ab, sodass sich der Zustand des Kapitalstocks weiter verschlechterte. Faktisch besteht der Kapitalstock zur Hälfte aus Anlagen, die vollständig abgeschrieben wurden. Die Wirtschaftspolitik der Regierung setzte vor allem auf die Förderung des privaten Konsums und die Sicherung einer möglichst hohen Beschäftigung, auch durch Aufrechterhaltung unrentabler Produktionen. Ein Strukturwandel fand nicht statt. Die Privatisierung wurde faktisch abgebrochen. Dabei zeigte sich, dass die ständige Steigerung der Reallöhne (12% im vergangenen Jahr) und des privaten Konsums bei rückläufigen Investitionen einen Substanzverzehr nach sich zieht: Der Kapitalstock wurde in konsumierbares Einkommen umgewandelt. Abgesichert wurde diese falsche Politik durch eine übermäßige Ausweitung der Geldmenge, in deren Ergebnis der Monetisierungsgrad der belarussischen Wirtschaft im vergangenen Jahr auf ein Niveau von 5% fiel, welches das geringe Vertrauen in die Währung reflektiert. Das Defizit in der Leistungsbilanz verringerte sich zwar etwas im vergangenen Jahr. Die Steigerung der realen Exporte bei gleichzeitiger Senkung der realen Importe wurde aber durch die drastische Verschlechterung der Terms of Trade, insbesondere im Handel mit Russland (- 20%), weitgehend kompensiert. Die ökonomisch zweifelhafte Konzentration der Exporte auf Russland wurde via Gegengeschäfte, insbesondere Barter, durchgesetzt, in dessen Folge belarussische Exporteure erhebliche Preisabschläge hinnehmen mussten. Auf diese Weise wurde ein Teil des zusätzlichen Volkseinkommens nach Russland transferiert. Positiv ist lediglich zu verbuchen, dass im September des vergangenen Jahres ein einheitlicher Wechselkurs eingeführt wurde. Problematisch am neuen Wechselkurssystem ist allerdings die Einführung eines gleitenden Bandes, wobei die zentrale Parität an den Rubel gebunden wurde. Diese in Vorausnahme der beabsichtigten Währungsunion eingeführte Bindung erhöht die Gefahr einer realen Aufwertung gegenüber dem US-Dollar und dem Euro. Darüber hinaus stellt ein gleitendes Band einen nur schwachen Versuch dar, das fehlende Vertrauen in die Landeswährung wieder herzustellen. Das Wachstum des BIP wird im laufenden Jahr 2001 wahrscheinlich 4% betragen (der Industrie 5%). Die anstehenden Präsidentschaftswahlen in diesem Jahr lassen eine erhebliche Expansion der Reallöhne und der Geldmenge erwar-

ten. Entsprechend dem Muster der vergangenen Jahre würde dies mit einer weiteren Abschwächung der Investitionen und damit einem weiteren Substanzverlust in der Wirtschaft einhergehen. Die Inflationsrate wird trotz erheblicher Ausweitung der Geldmenge mit 150% in etwa auf dem Niveau des Jahres 2000 verbleiben; eine niedrigere Rate wird auch mit neuen administrativen Preiskontrollen kaum zu erreichen sein.

Produktion und Verwendung des BIP

Die Volkswirtschaft der Republik Belarus (Weißrussland) wies für das Jahr 2000 ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 6% auf (vgl. Tabelle 1).¹ Dieses stammte produktionsseitig hauptsächlich aus einer Steigerung der Industrieproduktion und verwendungsseitig aus einer Zunahme des privaten Konsums und des Außenbeitrags. Dagegen verringerten sich die Investitionen. Damit wies die Wirtschaft in den vergangenen fünf Jahren recht hohe wirtschaftliche Wachstumsraten zwischen drei und elf Prozent auf, wobei die Investitionen nur in zwei Jahren – 1997 und 1998 – wuchsen, der private Konsum, gemessen am Einzelhandelsumsatz, dagegen kontinuierlich und beträchtlich zunahm.

Es ist stark zu vermuten, dass das Wachstum des BIP und des privaten Konsums in den vergangenen Jahren mit Vermögensverzehr verbunden war. Dies wird durch Angaben zum abgeschriebenen Kapitalstock gestützt. Danach war zu Beginn des Jahres 2000 die Hälfte des Kapitalstocks bereits vollständig abgeschrieben. In der Industrie erreichte dieser Anteil sogar 60%.² Dies bedeutet, dass die Abschreibungen auf den Kapitalstock in den vergangenen Jahren nicht für investive Zwecke verwendet wurden, sondern zum größten Teil für den privaten Konsum. Bei rückläufigen Investitionen (- 3%) dürfte der Kapitalstock auch im Jahr 2000 weiter geschrumpft sein. Bei einer Fortsetzung dieses Trends wird der Teil des Kapitalstocks, auf den noch Abschreibungen gebildet werden können, immer geringer. Dadurch muss der Spielraum für Investitionen weiter schrumpfen. Dieser Teufelskreis wird nur durch eine drastische Einschränkung des Verbrauchs durchbrochen werden können.

Auf der Entstehungsseite des BIP wiesen die Industrie- und die Agrarproduktion im vergangenen Jahr mit 8% bzw. knapp 9% die höchsten Wachstumsraten auf. In der Industrie schrumpfte lediglich die Produktion der Elektrizitätswirtschaft. Die höchsten Wachstumsraten berichteten Maschinenbau und Metallverarbeitung so-

¹ Soweit nicht anders vermerkt, sind alle Angaben den Bulletins des Ministeriums für Statistik (Minstat) entnommen. Vgl. Minstat: Statističeskij Bjuulleten', verschiedene Ausgaben. Darüber hinaus Minstat: O Rabote Narodnogo Chozjajstva Respubliki Belarus', Janvar' – Mart/Aprel' 2001g.

² Vgl. National'naja Ekonomičeskaja Gazeta vom 5. Januar 2001.

wie die Brennstoffindustrie (vgl. Tabelle 2). Letztere konnte im Rahmen von Re-Exporten die Produktion von Erdölprodukten steigern. Generell konnten Joint-ventures ihre Produktion überdurchschnittlich ausweiten (18%).

Tabelle 1:
Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren 1993 bis 2001
- Veränderungen gegenüber dem Vorjahr bzw. Anteile in % -

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	Jan.-Apr. 2001	Progn. 2001
Bruttoinlandsprodukt ^a	-8	-13	-10	3	11	8,4	3,4	6,0	2	4
Industrieproduktion ^a	-10,0	-17,1	-11,7	3,5	18,8	12,4	10,3	8,0	2,7	5
Agrarproduktion ^a	3,7	-14,4	-4,7	2,4	-4,9	-0,7	-8,3	8,9	5,4	5
Bruttoanlageinvestitionen ^a	-15	-11	-31	-5	20	25	-8	-3	-6,6	.
Gütertransportvolumen ^b	-30	-36	-26	-19	7	-1,2	0,5	-16	-10,2	.
Beschäftigte	-1	1	-1,8	-2,9	-2,7	-0,1	1,4	0,8		.
Einzelhandelsumsatz ^a	-14	-10	-23	31	18	26	10,7	8	17,8 ^c	.
Nominale Geldeinkommen pro Kopf	1 393	2 008	497	80	74	108	280	.	.	.
Nominallöhne	1 107	1 504	669	61	87	104	322	200	121 ^c	.
Reallöhne	-7	-31	-5	5	14	18	7	12	20,8 ^c	.
Verbraucherpreise										
Jahresdurchschnitt	1 190	2 221	709	53	64	73	294	169	78 ^c	150
Dezember zu Dezember	1 997	1 960	244	39	63	182	251	107,5	16,8	.
Industrielle Erzeugerpreise										
Jahresdurchschnitt	1 787	1 916	499	34	88	72	356	186	119 ^c	.
Dezember zu Dezember	3 868	1 857	140	31,3	90,9	200,5	245,1	167,7	14,6	.
Arbeitslosenquote am Periodenende	1,4	2,1	2,7	3,9	2,8	2,3	2,1	2,1	2,3	.

^a Real. – ^b Auf Tonnenbasis. – ^c 1. Quartal.

Quellen: Ministerstvo statistiki i analiza Respubliki Belarus' (im folgenden abgekürzt: Minstat): Statističeskij Bulleten', verschiedene Ausgaben, zuletzt: Januar-Mart 2001g; dass.: Minstat: Respublika Belarus' v cifrach, Minsk 1997.

Die Landwirtschaft verzeichnete nach drei Jahren mit rückläufiger Produktion im Jahr 2000 wieder Zuwächse. Diese fanden in der pflanzlichen Produktion (Getreide und Lein) statt, während die tierische Produktion leicht schrumpfte. Die Schrumpfung reflektiert die Ernte- und damit Futtermittelausfälle aus dem Vorjahr. Der landwirtschaftlichen Produktion stand im vergangenen Jahr erheblich weniger Kraftstoff zur Verfügung als im Jahr davor. In der Investitionspolitik gehört die

Landwirtschaft dagegen zu den präferierten Sektoren. Ihr Kapitalstock ist weniger stark abgeschrieben (zu 53%) als in der Industrie, und die Investitionen nahmen im vergangenen Jahr zu (vgl. Tabelle 3).

Tabelle 2:
Industrieproduktion nach Zweigen, 1991 bis 1. Quartal 2001
- Veränderungen gegenüber den Vorjahreszeiträumen in % -

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	1. Q. 2001
Industrie insgesamt ^a	-1	-9	-10	-17	-12	4	19	12	10	8	2
Elektrizitätswirtschaft	1	-3	-11	-11	-16	-2	6	-7	5	-3	-5
Brennstoffindustrie	-5	-43	-37	-45	11	-5	-1	1	2	15	3
Eisen- und Stahlindustrie	13	-14	-14	-13	-1	23	35	15	0	10	17
Maschinenbau und Metallverarbeitung	5	-7	3	-14	-20	2	26	16	16	15	14
Chemie und Petrochemie	-7	-15	-12	-17	9	7	19	8	7	1	-1
Holz-, Holzverarbeitungs-, Zellstoff- und Papierindustrie	7	-7	-3	-13	-10	14	35	22	16	4	-2
Baustoffindustrie	5	-11	-24	-29	-21	-4	26	15	2	5	3
Leichtindustrie	1	1	2	-23	-34	12	27	23	11	5	-8
Nahrungsmittelindustrie	-9	-18	0	-6	-13	6	21	19	14	8	6

^a Ohne Kleinunternehmen, Genossenschaften, Jointventures und industrielle Nebenbetriebe anderer Wirtschaftszweige.

Quellen: Minstat: Statističeskij Bjulleten', Dekabr' 2000, S. 98; Minstat: O Rabote Narodnogo Chozjajstva Respubliki Belarus', Janvar'-Mart 2001g.

Die Bauwirtschaft verminderte im Jahr 2000 ihre Leistung merklich. Dies ging auf den Industriebau zurück, während der Wohnungsbau erheblich mehr Wohnungen (21%) als im Vorjahr fertig stellte.

Das Gütertransportvolumen, gemessen in Tonnen, sank erheblich (-16%), die Leistung, gemessen in Tonnenkilometern, stieg dagegen etwas (2%). Weniger Fracht wurde über längere Strecken transportiert. Der Rückgang des Frachtvolumens ist ein Indiz dafür, dass der Produktionsanstieg in der Industrie zum Teil auf Lager ging. Die gestiegene Leistung in Tonnenkilometern dürfte auch mit dem vermehrten Transport von russischem Rohöl durch die Jamal-Pipeline nach Westeuropa in Zusammenhang stehen. Die Güterverkehrsleistung des Straßenverkehrs nahm um 13% ab, während der Verkehr auf der Schiene (3%) und besonders der Luftverkehr (30%) eine Steigerung aufwies.

Tabelle 3:
 Investitionsentwicklung in konstanten Preisen, 1992 bis 1. Quartal 2001
 - Veränderungen gegenüber den Vorjahreszeiträumen in % -

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	1. Q. 2001
Investitionen insgesamt	-29	-15	-11	-31	-5	20	25	-8	-3	-4
Produzierender Bereich	-40	-13	-10	-29	2	14	25	-13	-5	-5
Industrie	-29	-11	12	-36	0	19	41	-27	2	.
Landwirtschaft	-51	-31	-46	-34	-16	1	34	-14	6	.
Bauwirtschaft	-54	-12	-20	-47	-32	23	43	18	-28	-3
Transport	-27	7	-24	0	0	23	-5	12	-23	.
Nachrichtenwesen	-58	37	-5	100	81	-20	-21	-2	-12	.
Handel und Gaststätten	-43	-3	81	-62	19	15	59	4	-18	.
Materialversorgung und Absatz	-38	48	-24	-15	27	71	8	77	44	.
Nichtproduzierender Bereich	-7	-16	-12	-33	-14	29	24	0	-2	-3
Wohnungsbau	-11	-19	-10	-44	-5	42	27	-2	2	.
Kommunalwirtschaft	-1	-8	-27	-19	-12	8	17	-12	4	.
Gesundheitswesen, Sport, soziale Sicherung	23	-22	-12	-16	-30	28	13	26	-20	.
Bildungswesen	-4	-12	-13	-58	-1	26	11	-5	-29	.
Kultur und Kunst	-37	-13	-25	-29	-24	21	88	-26	72	.
Wissenschaft	-65	-15	-24	-23	-65	150	-13	1	91	.
Finanzsektor, Banken, Versicherungen	.	.	138	28	-41	-27	39	41	-22	.

Quellen: Minstat: Statističeskij Bjulleten', Dekabr' 2000, S. 98; Minstat: O Rabote Narodnogo Chozjajstva Respubliki Belarus', Janvar'-Mart 2001g.

Auf der Verwendungsseite lässt ein Anstieg des realen Einzelhandelsumsatzes von 8% und der entgeltlichen Dienstleistungen (überwiegend Reparaturen an Häusern, Kraftfahrzeugen und Haushaltsgeräten) von 5% im Jahresvergleich auf einen starken Anstieg des privaten Verbrauchs schließen. Die Käufe von Lebensmitteln nahmen viel stärker zu als die von Gebrauchsgütern. Hinter dem Anstieg des Konsums stand eine Zunahme der Realeinkommen von 18%. Der erneute Rückgang der Bruttoanlageinvestitionen dämpfte dagegen das Wirtschaftswachstum. Dieser Rückgang betraf sowohl den produzierenden – Bauwirtschaft, Transport, Nachrichtenwesen, Handel – als auch nichtproduzierenden Bereich – Gesundheits- und Bildungswesen, Finanzsektor. Die Erneuerung des Kapitalstocks litt darunter, dass zwei Drittel der Unternehmen im vergangenen Jahr Verluste erwirtschafteten bzw.

unrentabel waren.³ Subventionen auf der Basis von staatlichen Investitionsprogrammen dienten überwiegend der Förderung der Importersatzproduktion.⁴

Der reale Außenbeitrag ist im vergangenen Jahr gestiegen. Dazu hat eine Zunahme der realen Exporte und eine Abnahme der realen Importe beigetragen. Gleichwohl verringerte sich das Leistungsbilanzdefizits nur unwesentlich, was auf eine beträchtliche Verschlechterung der Terms of Trade zurückging. Diese trat im Wesentlichen im Handel mit Russland ein.

Im Jahr 2001 wird sich das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts auf 4% und der Industrieproduktion auf 5% abschwächen. Darauf deuten die Ergebnisse der ersten Monate hin: Im ersten Quartal des laufenden Jahres war ein BIP-Wachstum von lediglich 1% zu verzeichnen, das sich in der Periode Januar bis April im Jahresvergleich auf 2% beschleunigte. Eine ähnliche Entwicklung wies die Industrieproduktion auf (2,2% und 3%). Offensichtlich kam es in den beiden größten belarussischen Industriebetrieben, den Traktoren- und LKW-Werken in Minsk mit über 200.000 Beschäftigten (ca. ein Viertel aller in der Industrie Beschäftigten) zu erheblichen Stillständen in der Produktion. Ursache war, dass weder die Verhandlungen mit Russland über die Finanzierung von Gaslieferungen noch mit einer russischen Finanz-Industriellen Gruppe über die Übernahme der LKW-Fabrik zu einem Ergebnis führten, sodass russische Zulieferungen für beide Werke ausblieben.

Arbeitsmärkte, soziale Lage

Die Zahl der Beschäftigten blieb im Jahr 2000 gegenüber dem Vorjahr im Jahresdurchschnitt konstant. Dasselbe gilt für die Zahl der registrierten Arbeitslosen mit 96 000 am Jahresende. Dies entsprach einer Arbeitslosenquote von 2,1%. Nach der Methode der Internationalen Arbeitsorganisation berechnet,⁵ würde die offene Arbeitslosigkeit deutlich höher ausfallen, und zwar um ungefähr fünf Prozentpunkte.⁶ Etwa 40% der registrierten Arbeitslosen erhielten Arbeitslosenunterstützung. Diese betrug nur 5% des monatlichen Durchschnittslohns, was lediglich einem Zehntel des Existenzminimums einer

³ Vgl. Nacional'naja Ekonomičeskaja Gazeta vom 6. Dezember 2000.

⁴ Vgl. Nacional'naja Ekonomičeskaja Gazeta vom 5. Januar 2001.

⁵ Zu den Arbeitslosen gehören entsprechend dem Standard der ILO Personen einer bestimmten Altersspanne, die in einer betrachteten Periode gleichzeitig folgende Kriterien erfüllen: a) sie sind nicht erwerbstätig, b) sie suchen Arbeit (bei den Arbeitsämtern, bei Unternehmen, durch Anzeigen etc.) oder organisieren die Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit (Beschaffung von Räumen, Rohstoffen, Ausrüstungen, Lizenzen etc.), c) sie sind bereit, die Arbeit in einer bestimmten Frist anzutreten. Schüler, Studenten, Rentner und Invalide werden zu den Arbeitslosen gezählt, wenn sie Arbeit suchen und bereit sind, sie aufzunehmen. Eine offizielle Ermittlung nach ILO-Methode findet nicht statt.

⁶ Vgl. *Razorenova, L. V.: Ocenka urovnja real'noj i skrytoj bezraboticy v Respublike Belarus'*, in: *Kvartal'nyj Bjuulleten' Kluba Ekonomistov*, Nr. 3, Minsk, 2000.

Person im erwerbsfähigen Alter entsprach. Da die mit der persönlichen Entgegennahme der Arbeitslosenunterstützung verbundenen Aufwendungen häufig sehr hoch waren (zum Beispiel Fahrtkosten für Arbeitslose in ländlichen Gebieten), war der Anreiz, sich offiziell arbeitslos registrieren zu lassen, für viele Personen gering.

In Belarus existieren auch noch umfangreiche Beschäftigungsüberhänge in den Unternehmen (verdeckte Arbeitslosigkeit). Ein aktuelles Beispiel lieferten Anfang des Jahres die beiden größten Industriebetriebe in Minsk: das Traktoren- und das Lastkraftwagenwerk. Trotz der erwähnten Stillstände stellten beide Werke noch zusätzlich Beschäftigte ein.

Weitreichende Maßnahmen zur Umstrukturierung der Unternehmen mit dem Ziel, die Produktivität zu erhöhen, sind für das laufende Jahr nicht zu erwarten. Die Regierung hat sich zum Ziel gesetzt, dass die Zahl der offiziellen Arbeitslosen 100 000 nicht überschreitet.

Die soziale Lage der Bevölkerung verbesserte sich im vergangenen Jahr angesichts eines Anstiegs der Reallöhne von 12% und der realen Durchschnittsrente von 27%. Der Durchschnittslohn entsprach im Dezember 2000 dem 2,3-fachen (Dezember 1999: 1,8-fache) des Existenzminimums. Diese Relation differierte zwischen Sektoren und Industriebranchen. Sie war am höchsten im Bankgewerbe und in der Industrie, wo die Löhne 190% bzw. 122% des Durchschnittslohnes betragen. Die niedrigsten Löhne wurden im Sozialwesen gezahlt, sodass sie das Existenzminimum nicht sicherten; der durchschnittliche Monatslohn war nur halb so hoch wie in der Industrie. Zwar fielen auch die Durchschnittslöhne in der Landwirtschaft niedrig aus, aber gegenüber den im Sozialwesen Beschäftigten konnten die in der Landwirtschaft Beschäftigten auf eine Entlohnung in Naturalien zurückgreifen.

Trotz der Rentenerhöhungen erreichte die durchschnittliche Monatsrente unverändert nur 80% des Existenzminimums. Niedrige Löhne und Renten, insbesondere Mindest- und Sozialrenten, sowie geringe Arbeitslosenunterstützungen führten dazu, dass schätzungsweise 40% der Bevölkerung unter der Armutsgrenze lebten. Der Anteil ist möglicherweise überzeichnet, da er den Wert vielfältiger Selbstversorgung der privaten Haushalte mit Naturalien nicht berücksichtigt.

Der starke Anstieg der Löhne war wesentlich politisch bedingt, und zwar durch die Wahlen zum Parlament im Oktober 2000. Alle Anzeichen weisen darauf hin, dass aus politischen Interessen heraus auch im laufenden Jahr die Nominallöhne stark angehoben werden. So kündigte der Präsident der Republik Belarus im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen im September 2001 an, den monatlichen Durchschnittslohn auf 100 US-Dollar zu erhöhen.⁷ Unter Einbeziehung der

⁷ Nacional'naja Ekonomičeskaja Gazeta vom 22. November 2000.

voraussichtlichen Wechselkursentwicklung würde dann der Durchschnittslohn um 268% steigen und real um mehr als 50%. Damit würde die von der Regierung anvisierte Beschränkung des Realeinkommenswachstums auf 4% obsolet werden.

Staatshaushalt und Fiskalpolitik

Im konsolidierten Staatshaushalt entstand im Jahr 2000 ein Defizit in Höhe von nur 0,6% des BIP (vgl. Tabelle 4). Das Haushaltsgesetz hatte ursprünglich ein Defizit in Höhe von 1,9% vorgesehen. Dieser vordergründig positiven Entwicklung, die auch den Forderungen des IWF entspricht, ist jedoch mit großer Skepsis zu begegnen. Der Staatshaushalt diente traditionell nur als ein Verrechnungsposten innerhalb des wesentlich umfassenderen staatlichen Sektors (außerbudgetäre und Schattenhaushalte, Staatsunternehmen, Nationalbank). In der Vergangenheit ging eine Reduzierung des Defizits im konsolidierten Haushalt regelmäßig mit der Ausweitung der Liquidität der Geschäftsbanken durch billige Kredite der Nationalbank einher, oder wie im Jahr 2000, durch den Ankauf von Devisen. Diese erweiterte Liquidität wurde auf Anweisung der Regierung in Form von Krediten an präferierte Sektoren und Unternehmen weitergereicht.

Trotz des niedriger als veranschlagt ausgefallenen Defizits wurden erhebliche Einnahmerückstände bei der Mehrwertsteuer und der Gewinnsteuer, insbesondere aus der Landwirtschaft, berichtet. Hingegen riefen die zusätzliche Förderung der Bauwirtschaft und von illiquiden Banken sowie die Bereitstellung von Einlagegarantien und die Übernahme von Garantien für Auslandskredite Sonderausgaben im zentralen Haushalt hervor. All dies kann als verstärkte Subventionstätigkeit seitens der Regierung gewertet werden.⁸

Zur Finanzierung des künstlich niedrig gehaltenen Defizits wurden Kredite der Nationalbank und der nur rudimentär vorhandene Kapitalmarkt in Anspruch genommen. Die Emission von Staatspapieren war um die Hälfte geringer als im Vorjahr. Insgesamt wurden GKO mit einer Gesamtsumme von 204 Mrd. Rubel platziert, während solche mit einem Nominalwert von 186,3 Mrd. Rubel getilgt wurden. Zudem war eine erhebliche Verkürzung der Fristigkeiten zu beobachten, am Primärmarkt von 263 Tagen im Januar auf 47 Tage im Dezember 2000. Dies deutet auf ein gewachsenes Misstrauen der Marktteilnehmer gegenüber der Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen der Regierung hin.

⁸ Vgl. Nacional'naja Ekonomičeskaja Gazeta vom 20. Februar 2001. In den vergangenen sechs Jahren wandte der Staat 120 Mio. US-Dollar allein für die Einlösung von Staatsgarantien für Auslandskredite auf.

Tabelle 4:
Ausgewählte Einnahmen und Ausgaben des konsolidierten Haushalts, 1996 bis 2000

	1997	1998	1999	2000
	<i>Einnahmen (Struktur in %)</i>			
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0
Mehrwertsteuer	29,8	25,7	25,1	25,7
Akzisen	13,0	11,0	9,5	8,0
Gewinnsteuer	14,6	12,4	13,5	12,4
Einkommensteuer	9,9	10,5	8,5	8,7
Vermögenssteuer	ca. 3	3,8	1,7	2,9
Zölle etc.	8,1	6,4	5,4	4,5
Fonds auf Republikenebene ^a	.	7,7	8,5	9,5
Sonstige Einnahmen ^b	ca. 22	22,5	27,8	28,3
	<i>Ausgaben (Struktur in %)</i>			
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0
Volkswirtschaft	21,7	24,0	22,1	22,0
Bildung, Kultur, Soziales, Gesundheit	41,8	37,5	34,1	36,7
Wissenschaft	1,5	1,2	1,2	1,1
Katastrophenschutz und -folgen	4,0	5,2	4,3	3,4
Verteidigung	4,8	3,0	2,6	2,8
Rechtsorgane	6,3	5,4	4,9	5,3
Verwaltung	3,3	3,1	2,6	2,7
Außenwirtschaft	0,8	0,7	1,0	1,0
Schuldendienst	2,0	2,0	2,0	2,5
Sonstige Ausgaben	13,8	17,9	25,2	22,5
Saldo in % der Ausgaben	-6,1	-2,8	-7,5	-1,7
	<i>Anteile am BIP in %</i>			
Einnahmen	32,2	36,2	36,5	34,9
Ausgaben	33,7	36,5	39,4	35,5
Saldo	-1,5	-0,3	-2,9	-0,6

^aBis 1997 wurden Republikfonds und Einnahmen der lokalen Behörden nicht dem konsolidierten Haushalt zugerechnet. –^bDie Position "Sonstige" umfasst u. a. die Einnahmen lokaler Behörden, im Jahr 2000 etwa 9% der Gesamteinnahmen, sowie eine Lohnfondssteuer im Umfang von etwa 2,3%.

Quellen: Interne Unterlagen des Ministeriums der Finanzen der Republik Belarus; Berechnungen des IWH.

Das Haushaltsgesetz für 2001 begrenzt das Defizit auf 1,5% des BIP. In den ersten zwei Monaten des neuen Jahres fiel das Defizit, bedingt durch Einnahmeausfälle, höher als geplant aus. Die Einhaltung des Haushaltsgesetzes erscheint allerdings angesichts der Unterordnung der Nationalbank unter die Regierung unproblematisch. Die Regierung erklärte auch, 2001 keine weiteren Garantien für inländische Bankkredite an Unternehmen zu übernehmen und eine strengere Auswahl von Garantien für Auslandskredite zu treffen. Die erzwungene Kreditvergabe von Banken an das LKW-Werk und das Traktorenwerk in Minsk Anfang 2001 zur Finanzierung der Lohnzahlungen trotz Produktionsstillstandes zeigt allerdings, dass derartige Selbstverpflichtungen wenig glaubwürdig sind.

Inflation und Geldpolitik

Wie in den Vorjahren blieb die Geldpolitik auch im vergangenen Jahr dem Ziel untergeordnet, die Beschäftigung in unrentablen Staatsunternehmen aufrechtzuerhalten. Zu diesem Zweck wurde die Geldbasis, d. h. jenes Geldmengenaggregat, welches die Nationalbank allein bestimmt, weiterhin exzessiv ausgeweitet, sodass sie real zunahm (vgl. Tabelle 5). Im Unterschied zu den Vorjahren erfolgte die Bereitstellung von Liquidität für die Geschäftsbanken aber nicht vorwiegend über die inländische, sondern die ausländische Komponente der Geldbasis. Die Nationalbank erhöhte dadurch ihren Reservebestand. Die Wachstumsrate der ausländischen Komponente der Geldbasis betrug 970% (Ende 2000 zu Ende 1999), die der inländischen Komponente dagegen "nur" etwa 52%. Trotz administrativer Preiskontrollen blieb die Inflationsrate im dreistelligen Bereich; die Verbraucherpreise stiegen im Jahresdurchschnitt um 169%. Im gesamten vergangenen Jahr lag das Niveau der monatsdurchschnittlichen Inflationsrate oberhalb des Niveaus vor der Krise vom September 1998 bis März 1999 (vgl. Abbildung 1). Erst seit Beginn des Jahres 2001 bewegte sich die Inflationsrate auf einem Niveau von 3 bis 4% pro Monat. Allerdings war nicht nur die expansive Geldpolitik für das weiterhin hohe Inflationsniveau verantwortlich; hinzu kamen externe Faktoren wie etwa der Anstieg der Weltmarktpreise für Rohöl und Ölprodukte. Unter den Verbraucherpreisen nahmen die Dienstleistungstarife überdurchschnittlich zu, darunter insbesondere die Tarife im Bahnverkehr und für kommunale Dienstleistungen.

Ende des vergangenen Jahres wurde das Scheitern der belarussischen Geldpolitik offenbar. Die seit 1993 betriebene expansive Geldpolitik hatte auch zum Ziel, den Monetisierungsgrad und damit das Vertrauen der Akteure in die neue belarussische Währung zu erhöhen. Das Gegenteil trat ein: Die Relation der Geldmenge M3 zum nominalen Bruttoinlandsprodukt hatte im Jahre 1993 noch 11% betragen; im Jahre 2000 war sie auf 5% gefallen.⁹ Das fehlende Vertrauen in den belarussischen Rubel ließ die Inflationserwartungen und damit die Umlaufgeschwindigkeit des Gel-

⁹ Interne Statistiken der Nationalbank der Republik Belarus.

des steigen. In der Folge wurde das BIP nominal stärker aufgebläht als die Geldmenge selbst zunahm.

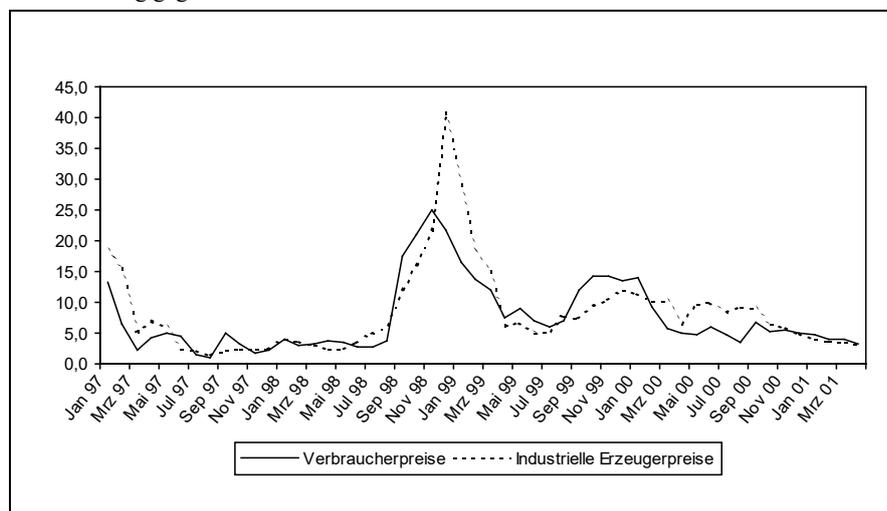
Tabelle 5:
Wachstumsraten der Geldmengenaggregate, 1997 bis 1. Quartal 2001
- Periodenendwerte, in % gegenüber der Vorperiode -

	1997	1998	1999	2000	2001 1. Quartal
Geldbasis	105	167	174	128	9 ^a
erweiterte Geldmenge	.	276	133	219	33
M3	111	276	133	134 ^a	8 ^a
<i>Memorandum</i>					
Verbraucherpreise	63	182	251	108	13
Erzeugerpreise	91	201	243	286	11

^a Schätzung.

Quellen: Minstat: Statističeskij Bjulleten', verschiedene Ausgaben; interne Unterlagen der Nationalbank der Republik Belarus; Berechnungen des IWH.

Abbildung 1:
Monatliche Inflationsraten, Januar 1997 bis April 2001
- Veränderung gegenüber dem Vormonat in % -



Quellen: Minstat: Statističeskij Bjulleten', verschiedene Ausgaben.

Die Ausweitung der Geldbasis durch die Nationalbank erfolgte in der Vergangenheit abwechselnd durch eine Expansion der Kredite an die Regierung und der Kredite an die Geschäftsbanken (vgl. Tabelle 6). Die Geschäftsbanken nahmen nur eine Mittlerrolle ein, da sie regierungsseitig den Auftrag erhielten, diese Kredite an marode Unternehmen oder an präferierte Sektoren weiterzureichen. Kredite an den Privatsektor spielten nur eine marginale Rolle. Der Zinssatz besaß auf den belarussischen Finanzmärkten keine allokativen Funktion. Sowohl der reale Refinanzierungssatz wie auch der reale Kreditzinssatz blieben negativ (vgl. Abbildung 2).

Tabelle 6:
Herkunft und Verwendung der Geldbasis, 1997 bis 1. Quartal 2001
- Periodenendwerte in % der Geldbasis -

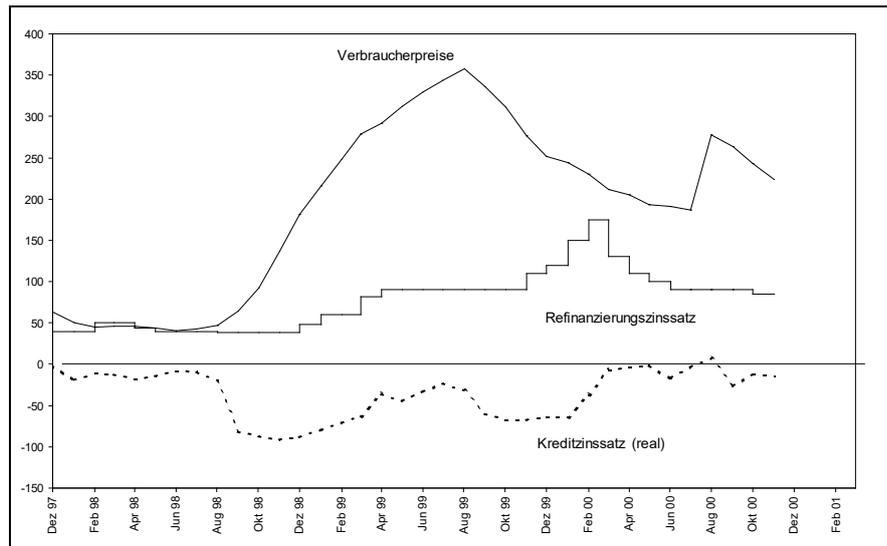
	1997	1998	1999	2000	2000		2001 ^a
					1. Q.	2. Q.	1. Q.
<i>Herkunft</i>							
Devisenreserven (netto)	9,3	7,9	8,3	38,9	13,8	21,5	46,9
Inländische Aktiva (netto)	90,7	92,1	91,7	61,1	86,2	78,5	53,1
darunter:							
Forderungen an die Regierung	53,0	75,4	76,9	66,3	76,3	72,0	68,5
Forderungen an die Banken	62,6	70,3	30,1	23,5	29,8	25,7	17,8
Forderungen an den Privatsektor	0,6	0,4	1,1	1,7	1,1	1,0	1,7
Sonstige Aktiva	-25,5	-54,1	-16,4	-30,4	-21,0	-20,2	-34,9
<i>Verwendung^b</i>							
Bargeld	48,7	40,8	47,0	48,6 ^c	.	.	.
Pflichtreserven der Banken	29,5	27,9	26,8	30,7 ^c	.	.	.
Überschussreserven der Banken	19,7	29,1	22,9	19,0 ^c	.	.	.

^a Schätzung auf Basis der ersten beiden Monate. – ^b Die Differenz zwischen den Anteilen der drei aufgeführten Kategorien und 100% besteht aus "sonstigen" Konten, die nicht den Reserven zugerechnet werden. – ^c Offizielle Zahlen liegen nur für das erste Halbjahr vor.

Quellen: International Monetary Fund, International Financial Statistics, Washington D.C., April 2001; Berechnungen des IWH.

Im Jahre 2000 änderte sich das Bild insofern etwas, als sowohl die Kreditausreichung an die Regierung als auch an die Banken relativ zurückging, eine erhöhte Liquidität im Bankensektor aber durch den Ankauf von Devisen seitens der Nationalbank gesichert wurde. Auf diese Weise wurden staatlich veranlasste Präferenzkredite refinanziert. Deutlich wird diese Politik in der Expansion der erweiterten Geldmenge, die jene der Geldbasis beträchtlich überstieg.

Abbildung 2:
Entwicklung der Verbraucherpreise und ausgewählter Zinssätze, Dezember 1997
bis November 2000^a
- in % p.a.-



^a Die Kreditzinsen wurden deflationiert mit der annualisierten monatlichen Veränderungsrate des Verbraucherpreisindex.

Quellen: Belarus Economic Trends (BET), <http://www.bettacis.minsk.by>, Juli 2000; International Monetary Fund, International Financial Statistics, Washington D.C., February 2001; Berechnungen des IWH.

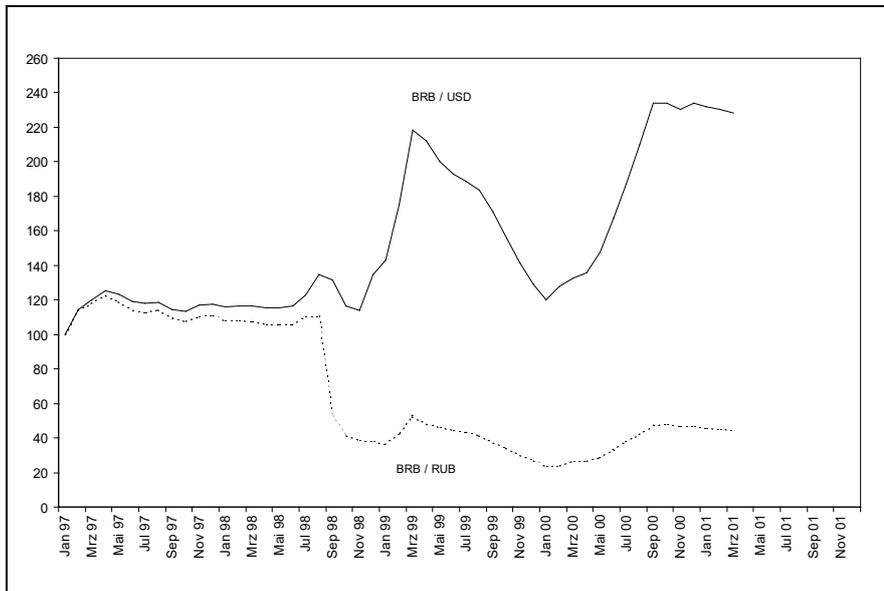
Vor diesem Hintergrund setzte sich der Verfall des Außenwertes des belarussischen Rubel im vergangenen Jahr fort. Im Jahresdurchschnitt verlor der belarussische Rubel gegenüber dem russischen Rubel um 56% an Wert, gegenüber dem US-Dollar um 62% (letzterem entsprach eine reale Aufwertung um 9%). Eine leichte Stabilisierung gegenüber dem russischen Rubel trat im letzten Quartal 2000 ein. Die monatliche durchschnittliche Abwertungsrate betrug nur noch 5%, während sie zwischen Mai und September 24% betragen hatte. Gleichzeitig näherte sich die offizielle Parität gegenüber dem US-Dollar dem freien Marktkurs an. Ende Dezember 2000 lag der Marktkurs nur noch um 3% über dem offiziellen Kurs zum US-Dollar. Zu beobachten war seit der Vereinheitlichung des Wechselkurses im September 2000 eine Abwertung des nominalen Kurses gegenüber dem US-Dollar, die sich in etwa an der monatlichen Inflationsrate orientierte, sodass seitdem auch der reale Kurs relativ stabil blieb (vgl. Abbildung 3). Eine ähnliche Entwicklung zeichnete sich gegenüber dem russischen Rubel ab.

Da jedoch im Jahresverlauf die Kursausschläge schwächer ausfielen, ergab sich im Jahresdurchschnitt sogar eine leichte reale Aufwertung von 5%.

Abbildung 3:

Realer Kurs des belarussischen Rubel gegenüber US-Dollar und russischem Rubel, Januar 1997 bis März 2001

- Januar 1997 = 100 -



Quelle: Belarussian Economic Trends (im Folgenden: BET), <http://www.bettacis.minsk.by>, August 2000; Nationalbank der Republik Belarus; International Monetary Fund, International Financial Statistics, Washington D.C., April 2001; Nacional'naja Ekonomičeskaja Gazeta, verschiedene Ausgaben; Berechnungen des IWH.

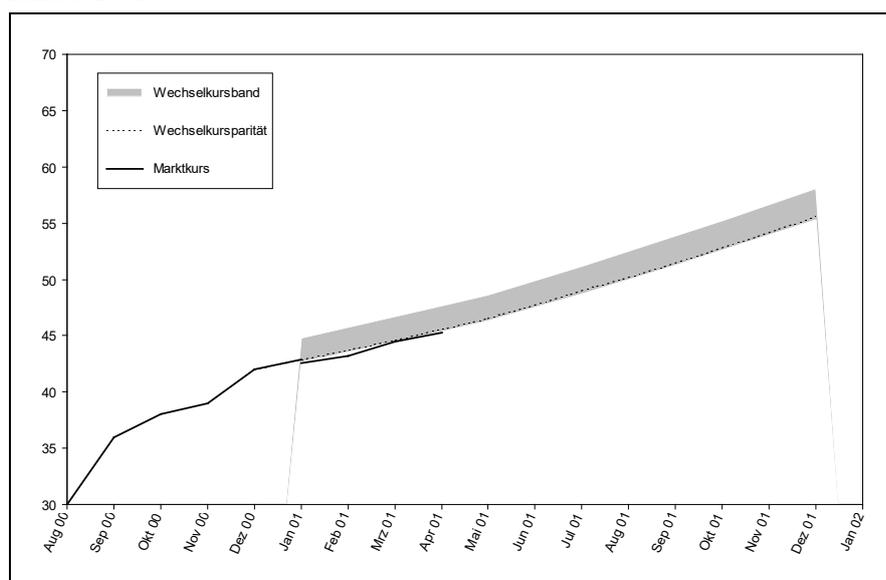
Die Wechselkurspolitik gegenüber dem russischen Rubel und implizit gegenüber dem US-Dollar wird nunmehr durch die Einführung eines gleitenden Bandes zum Jahresbeginn 2001 bestimmt (vgl. Abbildung 4). Danach interveniert die Nationalbank, wenn der Marktkurs von der zentralen Parität um 4,5% nach oben (Abwertung) oder 0,5% nach unten (Aufwertung) überschritten wird. Gleichzeitig soll die zentrale Parität monatlich um 2,5% abgewertet werden. Dadurch dürfte sich für Dezember 2001 ein Kurs zwischen 56 und 59 belarussischen Rubel je russischen Rubel ergeben. Implizit ergäbe sich dann eine Abwertung gegenüber dem US-Dollar zwischen 50% und 58%.¹⁰

¹⁰ Bei dem Wechselkursziel der russischen Zentralbank von 31,5 Rubel je Dollar ergibt sich dann implizit ein Kurs zwischen 1 770 und 1 860 belarussische Rubel pro US-Dollar im Dezember 2001.

Das gleitende Band führte Belarus als eine Vorbereitung der für frühestens 2005 anvisierten Übernahme des russischen Rubel als Landeswährung ein. Kurzfristig, d. h. für das laufende Jahr, erhofft sich die belarussische Nationalbank durch diese Maßnahme eine stärkere Disziplinierung für die Geld- und Fiskalpolitik und damit die Stabilisierung der Währung. Das Inflationsziel der Nationalbank liegt bei etwa 50% (Dezember 2001 zu Dezember 2000). Wird außerdem das Inflationsziel der russischen Zentralbank (12 bis 14%) berücksichtigt, so ergibt sich bei den gewählten Abwertungsschritten eine nur unbedeutende reale Aufwertung des belarussischen gegenüber dem russischen Rubel. Da aber der Verbraucherpreisindex für die ersten vier Monate 2001 um knapp 17% gegenüber dem Dezember 2000 stieg, wären erhebliche geld- und fiskalpolitische Beschränkungen im weiteren Verlauf dieses Jahres nötig, um das angestrebte Stabilisierungsziel zu erreichen.

Abbildung 4:

Wechselkurs des belarussischen Rubel zum russischen Rubel, August 2000 bis Dezember 2001



Quelle: Nacional'naja Ekonomičeskaja Gazeta, verschiedene Ausgaben; Berechnungen des IWH.

Die Chancen dafür bestehen durchaus. Beitragen könnte dazu einmal ein vom IWF in Aussicht gestelltes Bereitschaftsabkommen, falls die Ausweitung der Geldmenge in den von der Nationalbank anvisierten Grenzen verbleibt und notwendige allgemeine Reformen durchgeführt werden. Zum anderen hat die russische Zentralbank einen Kredit in Höhe von 4,5 Mrd. russischen Rubeln – ca. 150 Mio. US-Dollar –

zur Stabilisierung des Wechselkurses in Aussicht gestellt, wenn Belarus das Abkommen über die gemeinsame Währung unterzeichnet. Auf der anderen Seite sind die Probleme für eine unabhängigere Politik der Nationalbank im ersten Quartal 2001 deutlich zutage getreten:

- In erster Linie gehören dazu die anders gelagerten Interessen des belarussischen Präsidenten. Dieser hat zwei Geschäftsbanken angewiesen, Kredite sowohl an die LKW- wie auch die Traktorenfabrik in Minsk zu gewähren, die allein der Zahlung der Löhne von etwa 200 000 Arbeitnehmern dienen. Die Auszahlung der Kredite ist ohne Deckung seitens der Nationalbank nicht vorstellbar.
- Die vom Präsidenten versprochene Verdoppelung der Monatslöhne auf umgerechnet 100 US-Dollar im Verlaufe des Jahres 2001 ist ohne monetäre Expansion nicht finanzierbar.
- Darüber hinaus ist zu bezweifeln, ob der russische Stabilisierungskredit tatsächlich zur Verfügung stehen wird. Bisher ist das Abkommen über die gemeinsame Währung nicht unterzeichnet worden, weil es weiterhin Unstimmigkeiten über den Status des Emissionszentrums gibt. Die belarussische Seite verlangte ein Emissionszentrum mit zwei Zentralbanken, die jeweils das Recht haben, Geld zu emittieren. Dies wird von der russischen Seite abgelehnt.

Im ersten Quartal unterschritt der Marktkurs das Wechselkursband, d. h. die Nationalbank intervenierte nicht wie angekündigt. Damit ist die Glaubwürdigkeit der Wechselkurspolitik bereits entscheidend beeinträchtigt. Alles in allem ist auch für das laufende Jahr mit einer exzessiven Expansion der Geldmenge zu rechnen, die – soweit die Preise frei bleiben – die Inflationsrate im dreistelligen Bereich lassen wird, etwa auf einem Niveau von 150% im Jahresdurchschnitt. Zwar zeigen rudimentäre Daten über die Entwicklung der Geldbasis und der Geldmenge M3 im ersten Quartal 2001 eine deutlich verringerte Dynamik. Die statistisch besser dokumentierte erweiterte Geldmenge wuchs jedoch gegenüber dem Dezember 2000 um 33%, was auf Jahresbasis einem Anstieg um erneut 212% entsprechen würde. Auch dieser Anstieg wurde vor allem durch die ausländische Komponente der Geldbasis bewirkt, wodurch die Kreditschöpfungsmöglichkeiten der Geschäftsbanken ausgeweitet wurden.

Außenwirtschaft, Zahlungsbilanzprobleme

Das Hauptproblem der Außenwirtschaftsbeziehungen ist die einseitige Ausrichtung des Handels auf Russland. Zwar ist dies bezüglich des Imports von Vorleistungen, insbesondere Energie und Rohstoffe, unvermeidbar. Auch die erfolgreichen Transformationsländer müssen Defizite in ihrem Handel mit

Russland akzeptieren, die auf Energieimporte zurückgehen. Aber diese Länder reduzierten in den vergangenen Jahren den Anteil ihrer Exporte nach Russland erheblich. Der hohe Anteil Russlands an den belarussischen Exporten (etwa die Hälfte) wurde künstlich aufrechterhalten, und zwar mit Gegengeschäften, darunter vor allem Barter. Darüber hinaus behinderten Devisenbeschränkungen, ein System multipler Wechselkurse, das erst im September 2000 abgeschafft wurde, und das geringe Interesse an einer Mitgliedschaft in der WTO bzw. an der Umsetzung des Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit der EU vom März 1995 die Integration in die Weltwirtschaft.

Im vergangenen Jahr nahmen die Exporteinnahmen nach Zahlungsbilanzstatistik recht deutlich auf nahezu 7 Mrd. US-Dollar zu. Auch stiegen die Importausgaben auf etwa 7,8 Mrd. US-Dollar, und das Handelsbilanzdefizit vergrößerte sich wieder (vgl. Tabelle 7). Dies war aber unproblematisch, weil dahinter eine volumenmäßige Steigerung der Re-Exporte von russischem Rohöl stand. Die damit verbundene Wertschöpfung wird in der Dienstleistungsbilanz verbucht. Diese verzeichnete im vergangenen Jahr eine deutliche Verbesserung (im übrigen auch deshalb, weil die Durchleitung von Rohöl durch die Jamal-Pipeline gesteigert wurde), sodass insgesamt der Saldo der Leistungsbilanz etwas weniger defizitär ausfiel als noch im Jahr 1999.

Der reale Wechselkurs übte nur einen begrenzten Einfluss auf die Ex- und Importe aus. Die realen Exporte stiegen im vergangenen Jahr insgesamt um 11%, gegenüber Russland, dem wichtigsten Absatzmarkt, dagegen nur um 9%.¹¹ Umgekehrt fielen die realen Importe insgesamt um 6%. Sie stiegen dagegen aus Russland um 10%, auch angesichts der realen Aufwertung des belarussischen gegenüber dem russischen Rubel. Allerdings beeinflussten auch verschiedene Formen von Gegengeschäften die reale Entwicklung des Handels; sie erfolgten unabhängig von Preisen. Insbesondere ist davon auszugehen, dass der Großteil des Handels mit Russland in Form von gebundenen Geschäften durchgeführt wurde. Dazu gehörten zum einen die Re-Exporte von Rohöl, zum anderen aber vor allem Bartergeschäfte.¹² Im Gesamthandel (nach Zollstatistik) betrug der Anteil von Barter im vergangenen Jahr 27% der Exporte und 22% der Importe. Im Handel mit Russland betrug dieser Anteil etwa die Hälfte der Exporte und etwa 30% der Importe. Dabei handelte es sich im Wesentlichen um Gegenlieferungen von Motoren und anderen Teilen für die Traktoren- und LKW-Werke in Minsk, die Belarus mit fertigen Produkten kompensiert. Einen weiteren hohen Anteil nahmen Gegengeschäfte der Lebens-

¹¹ Dies sind Angaben der Zollstatistik. Sie sind nicht kompatibel mit Angaben der Zahlungsbilanzstatistik. So kann die Zollstatistik durchaus Barterhandel enthalten, der in der Zahlungsbilanz wegen der fehlenden Zahlungsvorgänge nicht präzise erfasst wird.

¹² Gegengeschäfte sind der Oberbegriff für alle gebundenen Geschäfte mit Ausnahme der Re-Exporte. Barter ist somit eine besondere Form des Gegengeschäfts. Vgl. *Hubert Gabrisch und Jan Stanekovsky*, Sonderformen im Ost-West-Handel, Teil II: Das Gegengeschäft. WIIW-Forschungsberichte, Nr. 117, Wien 1986.

mittelindustrie, insbesondere Fleischprodukte, ein. Ohne Berücksichtigung der Re-Exporte betrug der Umfang des Exports nach Russland im Rahmen von Gegen-

Tabelle 7:
Zahlungsbilanz, 1997 bis 2000
- Mio. US-Dollar -

	1997	1998	1999	2000
Außenhandel, Saldo	-1 335,4	-1 350,1	-570,0	-838,1
Exporte	7 382,6	7 138,1	5 646,4	6 986,8
Importe	-8 718,0	-8 488,2	-6 216,4	-7 824,9
Nichtfaktordienstleistungen	554,0	481,9	314,5	561,0
Export	918,8	925,1	753,3	999,3
Import	-364,8	-443,2	-438,8	-432,3
Faktordienstleistungen	-84,6	-92,9	-42,0	-41,9
Transfers (netto)	78,4	95,6	103,8	157,1
Saldo der Leistungsbilanz	-787,6	-865,5	-193,7	-161,9
Kapitaltransfers	133,2	170,1	60,4	41,9
Direktinvestitionen (netto)	197,9	146,9	443,2	89,9
Direktinvestitionen Abflüsse	-2,1	-2,3	-0,8	-0,1
Direktinvestitionen Zuflüsse	200,0	149,2	444,0	90,0
Portfolioinvestitionen (netto)	-19,8	14,6	-20,6	60,4
Portfolioinvestitionen Abflüsse	-61,6	28,0	-15,4	7,4
Portfolioinvestitionen Zuflüsse	41,8	-13,4	-5,2	53,0
Andere Investitionen (netto)	361,8	139,5	-23,1	17,0
Saldo der Kapitalverkehrsbilanz	673,1	470,9	459,9	209,2
Statistisch nicht aufgliederbare Transaktionen	156,9	75,3	-246,3	128,9
Saldo der Zahlungsbilanz	42,4	-319,3	19,9	176,2
Finanzierung	-42,4	319,3	-19,9	-176,2
Reserveaktiva	77,0	54,6	34,5	-75,6
IMF	0,0	-24,4	-58,0	-55,8
Sonderfinanzierung	-119,4	289,1	3,6	-44,8

Quellen: Nationalbank der Republik Belarus: Platežnyj balans Respubliki Belarus na 2000g, Minsk; Berechnungen des IWH.

geschäften im ersten Quartal 2001 etwa 917 Mio. US-Dollar. Davon entfielen 42% auf den Fahrzeugbau, was im Wesentlichen dem Anteil der Bartergeschäfte entsprach.¹³ Aber auch im Handel mit den Nicht-GUS-Ländern nahmen Gegengeschäfte vor allem der Lebensmittelindustrie einen großen Raum ein.

Das Problem von Gegengeschäften aller Art ist, dass der schwächere Handelspartner Preisverluste für seine Produkte akzeptieren muss, da er diese aus Qualitätsgründen nicht auf den freien Märkten absetzen kann. Dies gilt besonders für die belarussische Wirtschaft im Handel mit der russischen Föderation. Auch im Jahr 2000 verschlechterten sich die belarussischen Terms of Trade, und zwar um 20% gegenüber dem Vorjahr. Dies war nicht hauptsächlich das Resultat gestiegener Rohölpreise, denn diese müssten ja im Rahmen der Re-Exporte durch eine entsprechende Steigerung der Preise für die raffinierten Produkte teilweise kompensiert werden können. Entscheidend war vielmehr der Anstieg der Preise für russische Erdgaslieferungen und generell die sinkende qualitative Wettbewerbsfähigkeit belarussischer Industrieprodukte vor dem Hintergrund des überalterten Kapitalstocks. Die russisch-belarussischen Verhandlungen über die Finanzierung des belarussischen Defizits stocken gerade auch deshalb, weil die russische Seite sich immer wieder und zunehmend weigerte, die belarussischen Produkte im Rahmen von Barter abzunehmen. Die regelmäßig auftretenden Konflikte wurden bisher gelöst, indem die belarussische Seite eine Ausweitung ihrer Lieferungen zusagte, was faktisch einem Preisabschlag gleichkommt.

Im ersten Quartal 2001 erzielte Belarus erstmals einen leichten Überschuss in der Handelsbilanz in Höhe von 34 Mio. US-Dollar. Dies dürfte neben einer recht starken realen Abwertung im Quartalsvergleich auch den Erleichterungen zu verdanken sein, die Exporteure durch die Vereinheitlichung des Wechselkurses und dessen Annäherung an den Marktkurs verspürten. Längerfristig ist jedoch nicht mit einem Überschuss zu rechnen. Dazu wird nicht nur die Energierechnung beitragen, sondern auch die für die Wettbewerbsfähigkeit eher ungünstige Anbindung des belarussischen Rubels an den russischen Rubel. Dessen Kurs wird im Wesentlichen von Energie- und Rohstoffexporten bestimmt und tendiert dazu, langfristig gegenüber US-Dollar und Euro real aufzuwerten. Für die belarussischen Verarbeitungskapazitäten wäre eine derartig verursachte reale Aufwertung jedoch nachteilig.

Das Defizit in der Leistungsbilanz sank im vergangenen Jahr leicht auf etwa 1,3% des BIP. Obwohl dieses Defizit im internationalen Vergleich unproblematisch erscheint, gibt es doch immer wieder Finanzierungsprobleme, vor allem im Handel

¹³ Interne Materialien des Ministeriums für Wirtschaft der Republik Belarus.

mit Russland. Ausländische Direktinvestitionen finden vor dem Hintergrund der quasi-sozialistischen Rahmenbedingungen für private Initiative nur in geringem Umfang statt. Im vergangenen Jahr sollen 90 Mio. US-Dollar an Direktinvestitionen nach Belarus geflossen sein. Nach 10 Jahren Unabhängigkeit wird von Regierungsseite der Bestand an ausländischem Kapital mit 542 Mio. US-Dollar angegeben,¹⁴ d. h. mit etwa 54 US-Dollar je Einwohner. Diese Zahl ist verschwindend niedrig im Vergleich mit erfolgreichen Transformationsländern.¹⁵

Die Kapitalverkehrsbilanz wies im vergangenen Jahr einen leichten Überschuss auf. Der Posten der Kapitaltransfers bestand im Wesentlichen aus einem japanischen Kredit an eine "Produktionsvereinigung". Eine Entlastung der Zahlungsbilanz konnte auch durch Umschuldung von 2001 bis 2003 fälligen Tilgungszahlungen an Gläubiger in Österreich und Deutschland erreicht werden. Der Zugang zu den internationalen Kapitalmärkten blieb Belarus nach wie vor verschlossen. Dafür verantwortlich war die fehlende Privatisierung der Staatsunternehmen. Hinzu kamen die fehlende Gewerbefreiheit und, zusätzlich, auf makroökonomischer Ebene, die fehlende Stabilität, die etwa über eine enge Zusammenarbeit mit dem IWF erreicht werden könnte.

Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass der Umfang der Devisenreserven Anfang 2001 gerade einen Importbedarf von zweieinhalb Wochen deckte. Dies war bereits eine Verbesserung der Lage, da die Nationalbank durch Interventionen auf dem Devisenmarkt ihre Reserven erhöhte. Der Umfang der offiziellen Devisenreserven betrug Ende 2000 knapp 360 Mio. US-Dollar.

Die Weltbank gewährte im Juni 2000 einen Kredit in Höhe von 23 Mio. US-Dollar, mit dem in über 450 Schulen, Hospitälern und Waisenhäusern die Heizungs- und Elektroanlagen saniert werden sollen.¹⁶ Es handelte sich dabei um den ersten Weltbankkredit seit 1994. Dieser Kredit entspricht der Linie der Weltbank, an Belarus nur Kredite für soziale Einrichtungen zu gewähren, aber nicht für wirtschaftliche Infrastruktur und Strukturwandel. Einen Erfolg von Krediten für letztere Zwecke sieht die Weltbank unter den gegebenen politischen und systemischen Rahmenbedingungen in Belarus weiterhin nicht als gesichert.

Mit dem IWF wurde Anfang 2001 eine Vereinbarung getroffen, deren Erfüllung seitens der Republik Belarus in einen Beistandskredit münden kann. Dies ist jedoch abhängig von der Einhaltung der Reformzusagen, die Regierung und Nationalbank abgaben.

¹⁴ Interne Materialien des Außenministeriums der Republik Belarus, Stelle zur Förderung ausländischer Investitionen.

¹⁵ In Estland, ebenfalls einem Nachfolgestaat der Sowjetunion, belief sich dieser Betrag auf 1 860 US-Dollar per 31.12.2000 (Quelle Eesti Panka).

¹⁶ Transitions Online, www.tol.cz/look/TOLnew vom 12.6.2001.

Wirtschaftspolitische Maßnahmen, Privatisierung und Strukturwandel

Im Verlaufe der vergangenen Jahre ist die Transformation zu einer Marktwirtschaft nicht nur zum Stillstand gekommen. Im Gegenteil: Signale einer Rückkehr zur Planwirtschaft wurden sichtbar. Eine freie Preisbildung wurde vielfach beschränkt. Der Anteil der administrativ kontrollierten Preise am Warenkorb für den privaten Verbrauch wird auf etwa 30% geschätzt.¹⁷ Der Anteil des Privatsektors am BIP lag 1999 bei etwa 20%.¹⁸ Dies war einmal auf die zunehmende Gängelung der privaten Unternehmen, zum anderen auf die faktisch abgebrochenen Privatisierung zurückzuführen.

Eine Einschränkung freien Wirtschaftens erfolgte per Dekret im März 2000 durch die Lizenzierung aller Handelsaktivitäten. Seitdem reicht eine Eintragung ins Handelsregister nicht mehr aus; notwendig ist eine zusätzliche Genehmigung der Behörden.

Die belarussische Regierung hält am Prinzip staatlichen Eigentums an Großunternehmen fest. Im vergangenen Jahr wurden nur noch 47 Unternehmen privatisiert, davon allein 44 aus kommunalem Eigentum (vgl. Tabelle 8). Anfang des laufenden Jahres wehrte sich die Regierung insbesondere gegen die Absicht einer russischen Finanz-Industriellen Gruppe, die Minsker LKW-Fabrik zu übernehmen und notwendige Modernisierungsinvestitionen in geschätzter Höhe von 500 Mio. US-Dollar vorzunehmen. Das Alternativkonzept der Regierung besteht darin, das Unternehmen von der Steuer zu befreien, wenn seine verkaufte Produktion über dem Plan liegt. Die geschätzten Steuerersparnisse (etwa 60 Mio. US-Dollar über einen Zeitraum von fünf Jahren) reichen aber bei weitem nicht aus, die notwendige Modernisierung zu finanzieren.

Auch die Zahl der in Aktiengesellschaften umgewandelten Staatsbetriebe ging im vergangenen Jahr zurück. Lediglich bei den sog. Objekttransfers war eine leichte Steigerung zu beobachten. Zu den Objekttransfers wird indes auch der Verkauf von Vermögensteilen, beispielsweise Maschinen und Ausrüstungen, gezählt.

Für 2001 zeichnet sich keine Wende hin zur Transformation zu einer Marktwirtschaft ab, obwohl die Regierung – wie in allen früheren Jahren – ihre Absicht bekundete, die Privatisierung auch größerer Unternehmen unter ausländischer Beteiligung zu gestatten.¹⁹ Auch können Regierung und Nationalbank auf ein mit dem IWF abgeprochenes Reformprogramm verweisen, wobei im Zeitraum April bis September 2001 wichtige Schritte zu seiner Verwirklichung unternommen werden sollen.

¹⁷ European Bank for Reconstruction and Development (EBRD), Report on Transition 2000.

¹⁸ Vgl. EBRD, ebenda.

¹⁹ Nacional'naja Ekonomičeskaja Gazeta vom 20. Februar 2001.

Tabelle 8:
Zahl der umgewandelten und privatisierten Unternehmen, 1991 bis 2000

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	1991- 2000
Privatisierte Unternehmen insgesamt	58	186	174	424	208	266	299	240	122	47	2 024
Privatisiert durch:											
Verkauf verpachteten Eigentums an Pächter	34	47	57	152	35	58	76	53	49	13	574
Verkauf von Eigentum an Belegschaften	13	87	24	12	1	0	0	0	0	0	137
Direktverkauf, Auktion	11	52	93	260	172	208	223	187	73	34	1 313
Privatisiert aus Republikeigentum	16	29	72	32	1	5	1	11	16	3	186
Verkauf verpachteten Eigentums an Pächter	10	20	44	28	1	5	1	11	16	0	136
Verkauf von Eigentum an Belegschaften	6	8	10	1	0	0	0	0	0	0	25
Direktverkauf, Auktion	0	1	18	3	0	0	0	0	0	3	25
Privatisiert aus kommunalem Eigentum	42	157	102	392	207	261	298	229	106	44	1 838
Verkauf verpachteten Eigentums an Pächter	26	27	13	124	34	53	75	42	33	13	440
Verkauf von Eigentum an Belegschaften	7	79	14	11	1	0	0	0	0	0	112
Direktverkauf, Auktion	9	51	75	257	172	208	223	187	73	31	1 286
Umgewandelte Unternehmen insgesamt	3	4	71	217	259	218	178	89	185	129	1 353
aus Republikeigentum	3	3	68	152	52	92	96	40	91	49	646
aus kommunalem Eigentum	0	1	3	65	207	126	82	49	94	80	707
Transferierte Objekte insgesamt	39	98	476	607	783	2 003
aus Republikeigentum	39	96	89	131	63	418
aus kommunalem Eigentum	0	2	387	476	720	1 585

Quellen: BET, verschiedene Ausgaben; Internes Material und Berechnungen des IWH.

Gemäß diesem Reformprogramm soll – neben Maßnahmen zur Herstellung monetärer und fiskalpolitischer Disziplin – eine Reihe von Liberalisierungen vorgenommen werden. So muss die Nationalbank von Weisungen an Geschäftsbanken zur Kreditvergabe für die Ausführung staatlicher Programme Abstand nehmen. Verzichten müsste der Präsident der Republik auf die Festsetzung von Höchstgrenzen für Preise und auf die im Sommer geplante Verdoppelung der Monatslöhne auf durchschnittlich 100 US-Dollar. Auch die Privatisierung kleiner und mittlerer Unternehmen soll spürbare Fortschritte machen. Der Präsident der Republik zog bereits Anfang Juni die Ziele des Reformprogramms in Zweifel.²⁰ Die monetären und fiskalischen Entwicklungen seit Anfang des Jahres gefährdeten ebenfalls die Realisierung des Abkommens mit dem IWF. Eine Privatisierung großer Unternehmen dürfte wie bisher daran scheitern, dass die Regierung nicht auf ihre Goldene Aktie (Stimmenrechtsmehrheit ohne Kapitalmehrheit) verzichten will.

Ein neues Investitionsgesetz, das im Mai 2001 in zweiter Lesung vom Parlament behandelt wurde, sieht sogar eine Verschlechterung der Möglichkeiten für Firmengründungen vor. Danach soll die Ausgabe einer neuen Genehmigung von einer Vielzahl von Bedingungen abhängig gemacht werden, darunter die Vorlage genauer Wirtschafts- und Investitionspläne. Allerdings sollen Jointventures für fünf Jahre von diesen neuen Auflagen ausgenommen bleiben.

Ein wirtschaftlicher Strukturwandel hin zu modernen und effizienten Produktionen hat in Belarus bisher nicht stattgefunden. Dazu trug auch der Widerwille der Regierung bei, ausländischen strategischen Investoren Beteiligungen an großen Unternehmen einzuräumen (siehe das Beispiel der LKW-Fabrik).²¹ Die Überalterung des Kapitalstocks hat sich in den vergangenen Jahren fortgesetzt. Während Anfang 1997 bereits 45% des gesamten Anlagevermögens abgeschrieben waren, betrug dieser Anteil Anfang 2000 schon 51%. Am wenigsten litt das Nachrichtenwesen unter veralteten Anlagen. Hier verringerte sich der Anteil der abgeschriebenen Anlagen sogar von 44% auf 43%. Am stärksten war die Industrie betroffen (vgl. Abschnitt Produktion und Verwendung des BIP), gefolgt von Landwirtschaft und Verkehr. In der Landwirtschaft stieg der Anteil der abgeschriebenen Anlagen innerhalb von drei Jahren von 43% auf 53%, im Verkehrswesen von 41% auf 52%.²² Dieser eher zum Negativen neigende Strukturwandel dürfte die längerfristigen Wachstumsaussichten erheblich verschlechtern.

²⁰ Die Distanzierung Lukaschenkos erfolgte am 5. Juni durch eine Rede in Hrodna (West-Belarus). Danach werde der IWF Belarus solange kein Geld geben, wie er nicht das gesamte Land schröpfen könne. Vgl. Transitions Online, www.tol.cz/llok/TOLnew vom 12. Juni 2001.

²¹ Besonders starke Vorbehalte gibt es übrigens gegenüber russischen Investoren, obwohl mit Russland eine Zoll- und Währungsunion und längerfristig eine Wiedervereinigung angestrebt wird.

²² Vgl. Nacional'naja Ekonomičeskaja Gazeta vom 5. Januar 2001.